

Die Zeitgeschichtsforschung hat sich mit dem Problem des Populismus bisher kaum beschäftigt. Neben der Soziologie hat vor allem die Politikwissenschaft grundlegende Kontroversen angestoßen und Erklärungsansätze für das Aufkommen populistischer Bewegungen bereitgestellt. Sie deutet deren wachsenden Einfluss häufig als Ausdruck der Repräsentationskrise des politischen Systems, als einen Gegensatz zwischen Elite und Volk, auf das die Rhetorik und Propaganda der Populisten fixiert sei. Umstritten ist, ob es die ökonomischen oder kulturellen Modernisierungsverlierer sind, die populistische Parteien wählen und unterstützen. Morten Reitmayer plädiert für eine Kontextualisierung und Historisierung des Phänomens Populismus und entwirft ein breites Panorama für eine zeithistorische Populismusforschung.

Morten Reitmayer

Populismus als Untersuchungsfeld der Zeitgeschichte

Ein kritischer Forschungsbericht

I. Für eine zeithistorische Erforschung des Populismus

Angesichts der bekannten und begründeten Scheu der Geschichtswissenschaft, sich an allzu gegenwartsnahe Phänomene heranzuwagen, überrascht es wenig, dass die mit dem Begriff Populismus bezeichneten Erscheinungsformen, die seit mehreren Jahrzehnten die Demokratien Europas – und weltweit – herausfordern, nur langsam zu einem Gegenstand der zeithistorischen Forschung werden.¹ Gleichzeitig ist jedoch in den aktuellen Debatten über die Herkunft und die Bewegungsrichtung dieser Phänomene sowie in den praktischen Ratschlägen, wie mit ihnen politisch umzugehen sei, ein empfindlicher Mangel an historischer Expertise zu erkennen. Ein besonders anschauliches Beispiel liefert der einfache Befund, dass in den laufenden wissenschaftlichen Debatten über das Wesen des Populismus die Frage, aus welchen Gründen populistische Bewegungen zu bestimmten Zeiten entstehen, zu anderen aber nicht, vollkommen ausgeblendet bleibt. Stattdessen herrschen Begriffsbestimmungen des Populismus vor, die faktisch die Existenz eines zeitlich ungebundenen Phänomens behaupten. Mit anderen Worten: Die Suche nach den genuin historischen Existenzbedingungen des Populismus ist offenbar über den Versuch, gleichzeitig pädagogisch-politisch-beratend und nomothetisch-klassifizierend zu wirken, vernachlässigt worden. Für die weitere For-

¹ Vgl. die Beiträge von Karin Priester, Ursula Prutsch, Ronja Kempin, André Krause und Thomas Schlemmer im „Podium Zeitgeschichte“: Rechtspopulismus in westlichen Demokratien – zeithistorische Perspektiven, in: VfZ 67 (2019), S. 439–497.

schungsdiskussion sollten wir daher Wolfgang Streecks warnenden Hinweis ernst nehmen, „wie lange gesellschaftliche Ursachen brauchen, um gesellschaftliche Wirkungen hervorzubringen“. Ebenso müssen „entgegenwirkende Ursachen“ Beachtung finden, „von denen sie verlangsamt, abgelenkt, modifiziert oder aufgehalten werden“.²

Für die Geschichtswissenschaft bietet sich damit die Chance, das derzeit sehr große Interesse an sogenannten populistischen Erscheinungen zu nutzen: Eine eigenständige historische Forschung – gewissermaßen als Sonde in den Tiefenschichten der europäischen Gesellschaften – kann die Epochenordnung der jüngeren Vergangenheit und insbesondere den widersprüchlichen Verlauf ihrer Demokratiegeschichte neu bestimmen. Denn die Erforschung der gegenwärtigen wie der historischen Populismen macht auf die der Demokratie innewohnenden Spannungsverhältnisse aufmerksam, die sich wiederum in Dynamiken – etwa dem Auftreten populistischer Parteien – äußern, die ihrerseits die Entwicklung demokratischer Institutionen vorantreiben. In diesem Sinne ist Demokratieforschung ein Gegenstand der Geschichtswissenschaft. Gerade Phänomene wie die Verbreitung populistischer Bewegungen fordern deshalb dazu heraus, die Sozialgeschichte der Demokratie in Europa und ihrer Erfolgsbedingungen neu zu schreiben.³

Zu diesem Zweck werden im Folgenden in einem ersten Schritt die derzeit vor allem in der englischsprachigen internationalen Forschung gängigen, zumeist politikwissenschaftlichen Diskussionen und Begriffsbildungen zum Populismus kurz vorgestellt. Dabei gehe ich zur besseren Orientierung vor allem auf drei, die aktuellen Debatten bestimmende Problemkreise ein: Erstens, welche Gefahr geht von den Populisten aus? Zweitens, was ist eigentlich unter Populismus zu verstehen? Drittens, wer wählt populistische Parteien? In einem zweiten Schritt sollen einige Forschungsfelder skizziert werden, auf denen historische Expertise besonders vermisst wird und eine besonders große Chance für Zeithistorikerinnen und -historiker besteht, ihre spezifischen Kompetenzen in die Auseinandersetzung einzubringen.

II. Offene Fragen der politikwissenschaftlichen Populismus-Forschung

Obwohl sich Historikerinnen und Historiker in Deutschland bereits in den 1970er Jahren mit dem Phänomen Populismus beschäftigten,⁴ ist die Forschung seit Längerem fest in der Hand der Politikwissenschaft. Dies ist wenig über-

² Wolfgang Streeck, *Gekaufte Zeit. Die vertagte Krise des demokratischen Kapitalismus*. Frankfurter Adorno-Vorlesungen 2012, Berlin 2013, S. 14 f. Streecks Feststellung (ebenda, S. 256), im „Westeuropa von heute“ sei „nicht mehr der Nationalismus die größte Gefahr, schon gar nicht der deutsche, sondern der hayekianische Marktliberalismus“, dürfte dagegen zu widersprechen sein.

³ Für den (west-)deutschen Fall vgl. Lutz Raphael, *Von der Revolution zur Routine. 100 Jahre Demokratie in Deutschland*, in: *Neues Trierisches Jahrbuch* 59 (2019), S. 207–222.

⁴ Vgl. Hans-Jürgen Puhle, *Politische Agrarbewegungen in kapitalistischen Industriegesellschaften. Deutschland, USA und Frankreich im 20. Jahrhundert*, Göttingen 1975.

raschend, denn die historisch frühen, in der Literatur immer wieder angeführten ersten populistischen Bewegungen – etwa die namensgebende *Populist Party* in den USA um 1900, die *Narodniki* („Volksfreunde“) im vorrevolutionären Russland der 1860er und 1870er Jahre sowie die Boulanger-Bewegung in Frankreich während der 1880er Jahre – entstanden außerhalb Deutschlands. Vergleichbare Parteien und Verbände aus der Zeit des Kaiserreichs und der Weimarer Republik, denen gelegentlich populistische Züge bescheinigt werden wie der antisemitischen „Berliner Bewegung“ des zeitweiligen Hofpredigers Adolf Stöcker,⁵ dem Alldeutschen Verband,⁶ dem Bund der Landwirte⁷ oder der Deutschen Vaterlandspartei⁸ sind dagegen als rechtsextrem, rechtsnationalistisch, protofaschistisch oder radikalkonservativ⁹ eingestuft worden. Dies gilt erst recht für bundesdeutsche Parteien wie die Nationaldemokratische Partei Deutschlands oder die Republikaner. Michael Wildts neuere Studie über die Kontinuitäten des Volksbegriffs im rechtsnationalistischen beziehungsweise völkischen Denken¹⁰ nimmt auch die Alternative für Deutschland (AfD) in den Blick, stellt aber den Populismus-Begriff nicht ins Zentrum der Analyse. Andreas Wirsching hat bereits 2012 in seiner Geschichte Europas den Aufstieg des Populismus nachgezeichnet, musste dabei jedoch fast vollständig auf politikwissenschaftliche Arbeiten zurückgreifen.¹¹ Gelegentlich werden Alt- und Frühneuzeithistoriker als Kronzeugen für die Universalität des demagogischen Prinzips bemüht, doch ohne dass deren Skepsis gegenüber dem Populismus-Begriff in die begriffliche Arbeit einflösse.¹² Auch außerhalb Deutschlands sind die Historikerinnen und Historiker auf diesem Gebiet eher in der Minderheit. Zu den Ausnahmen gehören beispielsweise Barry Eichengreen mit seiner

⁵ Vgl. Michael Imhof, „Einen besseren als Stöcker finden wir nicht“. Diskursanalytische Studien zur christlich-sozialen Agitation im deutschen Kaiserreich, Oldenburg 1996.

⁶ Vgl. Roger Chickering, *We Men Who Feel Most German. A Cultural Study of the Pan-German League, 1886–1914*, Boston 1984, und Rainer Hering, *Konstruierte Nation. Der Alldeutsche Verband 1890 bis 1939*, Hamburg 2003.

⁷ Vgl. Puhle, *Agrarbewegungen*.

⁸ Vgl. Heinz Hagenlücke, *Deutsche Vaterlandspartei. Die nationale Rechte am Ende des Kaiserreiches*, Düsseldorf 1997.

⁹ Vgl. Stefan Breuer, *Ordnungen der Ungleichheit. Die deutsche Rechte im Widerstreit ihrer Ideen 1871–1945*, Darmstadt 2010; Geoff Eley, *Reshaping the German Right. Radical Nationalism and Political Change after Bismarck*, New Haven 1980; Uwe Puschner, *Ein Volk, ein Reich, ein Gott. Völkische Weltanschauung und Bewegung*, in: Bernd Sösemann (Hrsg.), *Der Nationalsozialismus und die deutsche Gesellschaft. Einführung und Überblick*, Stuttgart/München 2002, S. 25–41, und Frank Decker, *Der neue Rechtspopulismus*, 2., überarbeitete Aufl., Wiesbaden 2004.

¹⁰ Vgl. Michael Wildt, *Volk, Volksgemeinschaft, AfD*, Bonn 2017.

¹¹ Vgl. Andreas Wirsching, *Der Preis der Freiheit. Geschichte Europas in unserer Zeit*, Bonn 2012.

¹² Vgl. *Die lustvolle Politik der Schmähung. Über den Zusammenhang von Populismus und Invektivität*, 14.11.2018–16.11.2018, Dresden; www.hsozkult.de/conferencereport/id/tagungsberichte-8182 [7.7.2021]. Vgl. auch die entsprechenden Beiträge in Thorsten Beigel/Georg Eckert (Hrsg.), *Populismus. Varianten von Volksherrschaft in Geschichte und Gegenwart*, Münster 2017.

Arbeit über die ökonomischen Bedingungen für das Entstehen populistischer Bewegungen¹³ und Paul Ginsborg mit seinen Studien über Silvio Berlusconi.¹⁴

Etwas anders sieht das Bild der Forschungen zum US-amerikanischen *Populism* aus, schon weil dessen Wurzeln weiter zurückreichen. Gleichwohl ist auch hier eine Verbindung von Forschung und einem ausgesprochen gegenwartsnahen Erkenntnisinteresse zu konstatieren. Die älteren Kontroversen drehten sich dabei vor allem um die Bedeutung bestimmter Regionen des populistischen Protests und damit um die Relevanz unterschiedlicher Akteursgruppen.¹⁵ Die neuere Forschung lässt sich vermutlich nur vor dem Hintergrund der enorm einflussreichen These Richard Hofstadters über den „paranoid style in American politics“ verstehen.¹⁶ Hofstadter, der auch zum Populismus arbeitete,¹⁷ verwies damit auf ein Syndrom von Übertreibungen, Verdächtigungen und Verschwörungsfantasien, das er keineswegs allein auf die rechten Strömungen amerikanischer Politik beschränkt sehen wollte. Damit trug Hofstadter maßgeblich zur Etablierung einer intellektuellen Konfliktlinie bei, die ausdrücklich partizipatorische Chancen gegen illiberale Gefahren des (amerikanischen) Populismus abwägt.¹⁸

Aus naheliegenden Gründen stehen bei den Forschungen zur *People's Party* die möglichen Ursachen ihres Scheiterns deutlicher im Vordergrund als bei den Arbeiten über die populistischen Bewegungen der Zwischenkriegszeit, die gezwungen sind, den Antisemitismus und das Verhältnis der Populisten zu den faschistischen Bewegungen Europas mitzudiskutieren.¹⁹ Bemerkenswerterweise werden diese Untersuchungen in Deutschland kaum zur Kenntnis genommen oder übersetzt. Das Gleiche gilt für Forschungen über eher in der Tradition der Bürgerrechtsbewegung stehende populistische Phänomene.²⁰ Zeithistorische deutsche

¹³ Vgl. Barry Eichengreen, *The Populist Temptation. Economic Grievance and Political Reaction in the Modern Era*, New York 2018. Sehr kritisch fällt die Bilanz des von Rüdiger Dornbusch und Sebastian Edwards herausgegebenen Sammelbands „The Macroeconomics of Populism in Latin America“ (Chicago/London 1991) bezüglich der Wirtschaftspolitik vermeintlich populistischer Regime in Süd- und Mittelamerika in den 1970er und 1980er Jahren aus; allerdings firmieren hier unter dem Begriff Populismus so unterschiedliche politische Richtungen wie der rechtsautoritäre Späteronismus in Argentinien oder das sozialistische Experiment Salvador Allendes in Chile.

¹⁴ Vgl. Paul Ginsborg, *Berlusconi. Politisches Modell der Zukunft oder italienischer Sonderweg?*, Berlin 2005, und Gian Enrico Rusconi/Thomas Schlemmer/Hans Woller (Hrsg.), *Berlusconi an der Macht. Die Politik der italienischen Mitte-Rechts-Regierungen in vergleichender Perspektive*, München 2010.

¹⁵ Vgl. John D. Hicks, *The Populist Revolt. A History of the Farmers Alliance and the People's Party*, Minneapolis 1931, und Lawrence Goodwyn, *The Populist Moment. A Short History of the Agrarian Revolt in America*, Oxford 1978.

¹⁶ Vgl. Richard Hofstadter, *The Paranoid Style in American Politics*, in: *Harper's Magazine*, November 1964, S. 77–86.

¹⁷ Vgl. Richard Hofstadter, *The Progressive Movement 1900–1915*, Englewood Cliffs 1963.

¹⁸ Vgl. Margaret Canovan, *Populism*, New York 1981.

¹⁹ Vgl. Charles Postel, *The Populist Vision*, Oxford 2007, und Alan Brinkley, *Voices of Protest. Huey Long, Father Coughlin, and the Great Depression*, New York 1982.

²⁰ Vgl. Laura Grattan, *Populism's Power. Radical Grassroots Democracy in America*, Oxford 2016.

Forschungen zum amerikanischen Populismus haben sich dagegen zunächst vor allem für dessen modernisierungstheoretische Dimension interessiert, bevor sie sich ideengeschichtlichen Perspektiven zuwandten.²¹

Das internationale Feld der Populismus-Forschung wird angesichts dieser Situation und des Drucks der Aktualität von der Politikwissenschaft und der Soziologie dominiert; hier seien nur einige besonders prominente Namen genannt: Margaret Canovan,²² Cas Mudde und Cristóbal Rovira Kaltwasser,²³ Ernesto Laclau,²⁴ Yves Mény und Yves Surel,²⁵ Jan-Werner Müller²⁶ oder Yascha Mounk.²⁷ Auch in Deutschland ist die Politikwissenschaft mit Frank Decker,²⁸ Karin Priester,²⁹ Philip Manow³⁰ oder Ulrich Eith auf diesem Gebiet führend,³¹ und damit bestimmen fachspezifische nomothetische Erkenntnis- und Deutungsinteressen den Diskurs, die vom Zwang zur Aktualität ebenso getrieben werden wie vom Willen zur taxonomischen Katalogisierung. Vor allem die strikten Abgrenzungsversuche zwischen populistischer und nicht-populistischer Politik einerseits, zwischen Populismus und Extremismus andererseits stehen jedoch den zeithistorischen Erkenntnisinteressen eher im Weg, die auf die Kontextualisierung und Historisierung populistischer Phänomene fokussiert sind. Selbst wenn gelegentlich Mischungsverhältnisse aus populistischer und nicht-populistischer Politik konstatiert werden, bestätigt das – aus Sorge um die Reinheit des Begriffs – die Abgrenzungen mehr,

²¹ Vgl. Hans-Jürgen Puhle, Zwischen Protest und Politikstil. Populismus, Neo-Populismus und Demokratie, in: Nikolaus Werz (Hrsg.), *Populismus. Populisten in Übersee und Europa*, Wiesbaden 2003, S. 15–43; Puhle, *Agrarbewegungen*; Michael Hochgeschwender, *Populismus in der amerikanischen Präsidentschaftsdemokratie. Die Progressivisten und das „Volk“*, in: Beigel/Eckert (Hrsg.), *Populismus*, S. 145–160 und Michael Hochgeschwender, *US-Populism in the Late Nineteenth Century*, in: Heike Paul/Ursula Prutsch/Jürgen Gebhardt (Hrsg.), *The Comeback of Populism. Transatlantic Perspectives*, Heidelberg 2019, S. 55–64. Eher überblicksartig und wenig analytisch Ursula Prutsch, *Populismus in den USA und Lateinamerika*, Hamburg 2019.

²² Vgl. Canovan, *Populism*.

²³ Vgl. Cas Mudde/Cristóbal Rovira Kaltwasser, *Populism. A Very Short Introduction*, Oxford 2017, und Cristóbal Rovira Kaltwasser u. a. (Hrsg.), *The Oxford Handbook of Populism*, Oxford/New York 2017.

²⁴ Vgl. Ernesto Laclau, *On Populist Reason*, London/New York 2007.

²⁵ Vgl. Yves Mény/Yves Surel (Hrsg.), *Democracies and the Populist Challenge*, Basingstoke/Hampshire/New York 2002.

²⁶ Vgl. Jan-Werner Müller, *Was ist Populismus? Ein Essay*, Berlin 2017.

²⁷ Vgl. Yascha Mounk, *Der Zerfall der Demokratie. Wie der Populismus den Rechtsstaat bedroht*, München 2018.

²⁸ Vgl. Decker, *Rechtspopulismus*; ders. (Hrsg.), *Populismus. Gefahr für die Demokratie oder nützliches Korrektiv?*, Wiesbaden 2006, und ders./Bernd Henningsen/Kjetil Jakobsen (Hrsg.), *Rechtspopulismus und Rechtsextremismus in Europa. Die Herausforderung der Zivilgesellschaft durch alte Ideologien und neue Medien*, Baden-Baden 2015.

²⁹ Vgl. Karin Priester, *Populismus. Historische und aktuelle Erscheinungsformen*, Frankfurt a. M./New York 2007.

³⁰ Vgl. Philip Manow, *Die politische Ökonomie des Populismus*, Berlin 2018.

³¹ Vgl. Ulrich Eith/Gerd Mielke (Hrsg.), *Gesellschaftliche Konflikte und Parteiensysteme. Länder- und Regionalstudien*, Wiesbaden 2001.

als den Blick für Übergänge und Gemengelagen zu schärfen.³² Vor der Erörterung möglicher historischer Zugänge zu den Erscheinungsformen des Populismus muss daher eine zumindest kursorische Sichtung der politikwissenschaftlichen Begriffsbildungen und Positionen stehen.

Ein ganz grundlegendes Wissensbedürfnis zielt auf die Klärung der Frage, ob es sich beim Populismus um eine „Gefahr für die Demokratie“ oder um ein „nützliches Korrektiv“ handelt.³³ Die Argumente sind schnell benannt: Zugutegehalten wird dem Populismus vor allem, dass er auf Repräsentationsdefizite in demokratischen Systemen aufmerksam macht und damit anzeigt, dass sich bestimmte gesellschaftliche Gruppen nicht mehr ausreichend in den Institutionen und Prozessen der politischen Willensbildung vertreten sehen. Populismus stellt in dieser Perspektive eine durchaus demokratische Antwort auf die vielbeschworene Repräsentationskrise der gegenwärtigen Demokratie dar,³⁴ für die in der Bundesrepublik in erster Linie die (ehemaligen) Volksparteien verantwortlich gemacht werden. So habe die Sozialdemokratische Partei Deutschlands in ihrem Bemühen, Wählergruppen aus den neuen Mittelschichten anzusprechen, postmaterielle Werte wie Frauenrechte, Umweltschutz, universalistische Migrationspolitik in den Vordergrund gestellt; dadurch habe sie aber größere Teile ihrer alten Stammwählerschaft aus den weniger modernisierten Arbeitermilieus mit ihren stärker materiell definierten Interessen vernachlässigt. Der Christlich Demokratischen Union Deutschlands wird hingegen vorgeworfen, den eigenen nationalkonservativen Flügel aus den ebenfalls weniger modernisierten kleinstädtisch-kleinbürgerlichen Milieus an den Rand gedrängt zu haben.³⁵ Diese Wählerinnen und Wähler hätten sich unter dem Eindruck der sogenannten Flüchtlingskrise seit 2015 der populistischen AfD zugewandt: Zum einen weil unter den etablierten Parteien Konsens bestand, die Grenzen zunächst nicht zu schließen, zum anderen weil diese Parteien letztlich keinen nationalen Alleingang gegenüber einer einheitlichen europäischen Migrationspolitik forcieren wollten.³⁶ In dieser Perspektive dient der Erfolg

³² Vgl. Priester, *Populismus*, S. 20 f., und Mounk, *Zerfall*.

³³ So der Untertitel von Decker (Hrsg.), *Populismus*.

³⁴ Vgl. Paul Nolte, *Was ist Demokratie? Geschichte und Gegenwart*, München 2012; *Aus Politik und Zeitgeschichte* 40–42/2016: *Repräsentation in der Krise?*; Markus Linden/Winfried Thaa (Hrsg.), *Krise und Reform politischer Repräsentation*, Baden-Baden 2011; Colin Crouch, *Postdemokratie*, Frankfurt a. M. 2017; Paul A. Taggart, *Populism and the Pathology of Representative Politics*, in: Mény/Surel (Hrsg.), *Democracies*, S. 62–80; Peter Mair, *Populist Democracy vs Party Democracy*, in: Ebenda, S. 81–98, und Alfio Mastropaolo, *Populism and Political Representation*, in: Reinhard C. Heinisch/Christina Holtz-Bacha/Oscar Mazzoleni (Hrsg.), *Political Populism. A Handbook*, Baden-Baden 2017, S. 59–72.

³⁵ Vgl. Frank Decker, *Alternative für Deutschland und Pegida. Die Ankunft des neuen Rechtspopulismus in der Bundesrepublik*, in: Ders./Henningsen/Jakobsen (Hrsg.), *Rechtspopulismus*, S. 75–90, und Thomas Meyer, *Populismus und Medien*, in: Decker (Hrsg.), *Populismus*, S. 81–96.

³⁶ Vgl. Verena Hambauer/Anja Mays, *Wer wählt die AfD? Ein Vergleich der Sozialstruktur, politischen Einstellungen und Einstellungen zu Flüchtlingen zwischen AfD-WählerInnen und der WählerInnen der anderen Parteien*, in: *Zeitschrift für Vergleichende Politikwissenschaft* 12 (2018), S. 133–154.

populistischer Bewegungen und Parteien als Indikator³⁷ für die mangelnde Repräsentation bestimmter Gruppen oder sogar als komplementäre Ergänzung fehlerhaft arbeitender Institutionen des Repräsentativsystems.

Die vom Populismus ausgehenden Gefahren werden demgegenüber sowohl auf einer inhaltlichen als auch auf einer strukturellen Ebene des politischen Felds lokalisiert: Zum einen bedrohe die dem Populismus immanente Vereinfachung komplexer politischer Probleme eine angemessene Behandlung der in Rede stehenden politischen Themen.³⁸ Zum anderen zielten die populistischen Forderungen nach direktdemokratischen Teilhabe- und Entscheidungsformen zusammen mit der Fiktion eines einheitlichen Volkswillens auf die Beschädigung beziehungsweise auf das Aushebeln der Gewaltenteilung und ganz generell der Institutionen der repräsentativen Demokratie. Vor allem der Schutz von Minderheiten gerate so in Gefahr, da der vermeintlich einheitliche Volkswille keine legitimen Minderheitenmeinungen und -interessen anerkenne.³⁹ Bei beiden Annahmen ist der Befund von großem Belang, dass viele deutschsprachige politikwissenschaftliche Studien implizit oder explizit von einem Markt-Modell der politischen Willensbildung ausgehen,⁴⁰ in dem sich die Produzenten oder Anbieter legitimer politischer Positionen und Argumente und Konsumenten derartiger politischer „Güter“ gegenüberstehen. Bei den Anbietern handelt es sich im Wesentlichen um Parteipolitikerinnen und Parteipolitiker, bei den Konsumenten um den größten Teil der Wahlbevölkerung. Faktisch legen erstere ihre politischen Angebote jedoch nicht allein vor, sondern gemeinsam mit Expertinnen und Experten der demokratischen Repräsentation aus den Bereichen Medien und Politikberatung. Erst wenn diese den politischen Programmen und Stellungnahmen ihre Weihe verliehen haben, avancieren sie zu legitimen – und damit politisch diskutablen – Angeboten auf dem politischen Markt. Den Wählerinnen und Wählern wird dagegen wegen ihrer mangelnden Kompetenz oder wegen fehlendem Interesse lediglich der Status von politischen Konsumenten zugewiesen, denen als einzig legitime politische Praxis die Auswahl zwischen den verschiedenen Angeboten bleibt. In dieser Perspektive stellt Populismus auch eine Revolte gegen den Ausschluss von der politischen Willensbildung dar.⁴¹

³⁷ „Populism [...] provides us with a useful tool for understanding the pathology of representative politics“; Taggart, Populism, in: Mény/Surel (Hrsg.), *Democracies*, S. 62.

³⁸ Vgl. Margaret Canovan, *Taking Politics to the People. Populism as the Ideology of Democracy*, in: Ebenda, S. 25–44; Meyer, Populismus, in: Decker (Hrsg.), *Populismus, und Mounk, Zerfall*, S. 50–57.

³⁹ Vgl. Stefan Rummens, *Populism as a Threat to Liberal Democracy*, in: Kaltwasser u. a. (Hrsg.), *Oxford Handbook of Populism*, S. 554–589; Pierre-André Taguieff, *Political Science Confronts Populism. From a Conceptual Mirage to a Real Problem*, in: *Telos* 103 (1995), S. 9–43, sowie Müller, *Populismus*, S. 14, S. 28 und S. 70.

⁴⁰ So ausdrücklich Decker, *Rechtspopulismus*, S. 32.

⁴¹ Vgl. Pierre Bourdieu, *Die politische Repräsentation. Elemente einer Theorie des politischen Feldes, und Die Doxosophen*, in: Ders., *Politik. Schriften zur Politischen Ökonomie* 2, Konstanz 2010, S. 43–96 und S. 223–241.

Zugleich hat sich eine epistemologische Symbiose zwischen Populisten und Experten entwickelt: Je erfolgreicher populistische Parteien agieren, desto größer ist die Nachfrage nach wissenschaftlicher Expertise, um herauszufinden, ob diese Bewegungen eine Bedrohung der Demokratie bedeuten. Und je bedrohlicher die Stellungnahmen klingen, desto mehr Aufmerksamkeit erhalten die Populisten, was weitere Dynamik in diesen Zirkel bringt: „Populism seems to become stronger the more intellectuals criticize it“, konstatierte der Politikwissenschaftler Pierre-André Taguieff.⁴²

III. Populismus – eine Begriffsbestimmung

Kaum weniger prominent als die Frage nach den konstruktiven oder destruktiven Wirkungen des Populismus ist in der gegenwärtigen Diskussion diejenige nach einer treffsicheren Begriffsbestimmung. In der Sprache der politischen Tageskämpfe dominiert eine pejorative Doppelbedeutung, in der einerseits die politische Vorstellungswelt der sogenannten einfachen Leute als populistisch bezeichnet wird, die sich vorzugsweise am Stammtisch artikuliert. Andererseits dient das Adjektiv der Denunziation eines vermeintlichen – vorzugsweise sozialpolitischen – Entgegenkommens von Politikerinnen und Politikern, die Partikularinteressen bedienen, obwohl doch unbequeme, schmerzhaft Entscheidungen notwendig seien. Vor allem der letztere Topos zielt seinerseits auf die politischen Erwartungen wohlhabender Wählergruppen, die zusätzliche Belastungen fürchten, und verweist darauf, dass sich die bekannte Dichotomie Masse versus Elite im Populismus auch umkehren kann.

In der Politikwissenschaft stehen sich – grob gesprochen – zwei Richtungen gegenüber: Auf der einen Seite finden sich Ansätze, die Populismus wenn nicht als eine eigene „Ideologie“,⁴³ so doch als ein „Syndrom“,⁴⁴ als ein Ensemble distinkter, relativ stabiler politisch-sozialer Einstellungen betrachten. Auf der anderen Seite gilt Populismus als besonderer Stil der politischen Auseinandersetzung und vor allem der Machteroberung. „Populismus – Form oder Inhalt“, so hat Hans-Jürgen Puhle diesen Gegensatz auf den Punkt gebracht.⁴⁵ Dabei sind die wesentlichen Elemente des ideologischen Gehalts wie auch der politischen Form weitgehend unumstritten. Und so muss jeder Versuch einer inhaltlichen oder ideologischen Definition des Populismus an dem Befund ansetzen, dass populistische Bewegungen und Parteien politisch sowohl rechts als auch links stehen können. Deshalb verbietet sich von vornherein eine eindeutige ideologische Verortung des Populis-

⁴² Zit. nach Cas Mudde, *The Populist Zeitgeist*, in: *Government and Opposition* 39 (2004), S. 541–563, hier S. 541; zum Folgenden vgl. ebenda, S. 542–544.

⁴³ Vgl. Donald MacRae, *Populism as an Ideology*, in: Ghita Ionescu/Ernest Gellner (Hrsg.), *Populism. Its Meanings and National Characteristics*, London 1969, S. 541–563.

⁴⁴ Vgl. Peter Wiles, *A Syndrome, not a Doctrine*, in: Ebenda, S. 166–179.

⁴⁵ Vgl. Hans-Jürgen Puhle, *Populismus: Form oder Inhalt? Protest oder Projekt?*, in: Ders., *Protest, Parteien, Interventionsstaat. Organisierte Politik und Demokratieprobleme im Wandel*, Göttingen 2015, S. 91–117.

mus.⁴⁶ Cas Mudde sprach daher vom Populismus als „thin-centred ideology“, die sich leicht mit „very different (thin and full) other ideologies“ verbinden könne.⁴⁷

Gemeint ist damit ein verhältnismäßig wenig entwickeltes Ensemble politisch-sozialer Ordnungsideen, die in der Regel keine universalen Perspektiven auf das Sein und Sollen menschlichen Zusammenlebens anbieten. Nur wenige Forscherinnen und Forscher sehen den Populismus als Sonderform kompakterer Gesellschaftsideen, etwa als „Volksvariante“ (Karin Priester) des konservativen Denkstils oder neoliberaler Vorstellungen, wobei die Schnittmenge beider Richtungen in der Interpretation des Populismus als Revolte gegen den modernen (Sozial-)Staat liegt.⁴⁸ Das „core concept“⁴⁹ populistischer Überzeugungen besteht dagegen nach Mudde und der Mehrheit der hier angeführten Autorinnen und Autoren in der Behauptung eines grundsätzlichen Antagonismus zwischen dem Volk und der Elite sowie in der Vorstellung der Existenz eines einheitlichen Volkswillens nach Art von Rousseaus *volonté générale*. Dabei, so Mudde, basiere die für den Populismus zentrale Gegenüberstellung von Volk und Elite auf der Annahme moralischer Unterschiede oder Gegensätze:⁵⁰ Während das Volk in den Augen der Populisten Authentizität und Reinheit verkörpere, sei die Elite korrupt und habe sich von den moralischen Normen des Volks verabschiedet, wenn die Elite nicht gleich als grundsätzlich fremd attackiert werde.

Allerdings zögen Populisten über moralische Argumente hinaus situativ und kontextabhängig auch sozialstrukturelle Kriterien (politische, ökonomische, kulturelle und vor allem mediale Macht) zur Definition beziehungsweise Denunziation der Elite heran. Zu Recht wiesen Mudde und Kaltwasser jedoch darauf hin, dass den Beziehungen zwischen Volk und Elite in der politischen Vorstellungswelt des Populismus bislang nur wenig Aufmerksamkeit geschenkt worden sei.⁵¹ Hier scheint die politikwissenschaftliche Forschung auf der Apriori-Ansicht zu beharren, Populismus beruhe im Wesentlichen auf der strikten Trennung von Elite und

⁴⁶ Vgl. Klaus Poier/Sandra Saywald-Wedl/Hedwig Unger, Die Themen der „Populisten“. Mit einer Medienanalyse von Wahlkämpfen in Österreich, Deutschland, der Schweiz, Dänemark und Polen, Baden-Baden 2017, S. 37–59.

⁴⁷ Mudde, *Zeitgeist*, S. 544; vgl. auch Cas Mudde, Populism. An Ideational Approach, in: Kaltwasser u. a. (Hrsg.), *Oxford Handbook of Populism*, S. 27–47. In Anlehnung daran werden im Folgenden die Begriffe „dünne“ oder „dicke“ Ideologie gebraucht.

⁴⁸ Vgl. Priester, *Populismus*, S. 9 und S. 46–77; Christoph Butterwegge/Gudrun Hentges/Bettina Lösch (Hrsg.), *Auf dem Weg in eine andere Republik? Neoliberalismus, Standortnationalismus und Rechtspopulismus*, Weinheim/Basel 2018, und die Beiträge in *Prokla 48* (2018): *Autoritärer Populismus. Strategie und politische Ökonomie rechter Politik*. Dieser Ansatz steht offensichtlich in Widerspruch zur globalen Existenz rechts- wie linkspopulistischer Bewegungen – eine Unterscheidung, die Priester, *Populismus*, S. 73, allerdings für wenig tragfähig hielt.

⁴⁹ Mudde, *Zeitgeist*, S. 544.

⁵⁰ Vgl. Mudde/Kaltwasser, *Populism*, S. 11–16; unter Betonung spezifisch deutscher Faktoren vgl. auch Lars Rensmann, *Populismus und Ideologie*, in: Decker (Hrsg.), *Populismus*, S. 59–80.

⁵¹ Vgl. Mudde/Kaltwasser, *Populism*, S. 11. Ausdrücklich wünschten die beiden Autoren dabei theoretische (und nicht empirische) Reflexionen zu diesem Thema.

Nicht-Elite und damit auf der bloßen Umkehrung des seit Gaetano Mosca, Robert Michels und Vilfredo Pareto bekannten Elite-Masse-Schemas.⁵² Zeithistorikerinnen und Zeithistoriker dürften dagegen eher eine empirische Analyse der tatsächlichen Interaktionen zwischen Eliten und Nicht-Eliten bevorzugen.

Tatsächlich findet sich im systematisch angelegten „Oxford Handbook of Populism“ wie auch in anderen einschlägigen Überblicksdarstellungen und Sammelbänden keine eigenständige Auseinandersetzung mit diesem Problem.⁵³ Gerade der Kern dieser Begriffsbestimmung stellt daher sowohl empirisch als auch modelltheoretisch den blinden Fleck der internationalen Populismus-Forschung dar. Dieser Befund ist umso auffallender, als andere, teilweise deutlich weniger zentrale Merkmale der Begriffsbestimmung – das Verhältnis des Populismus zu Mehrheitsprinzip, Religion oder Technokratie⁵⁴ – auf breitem Raum abgehandelt werden. Systematische und empirisch gesättigte Erörterungen der Beziehungen zwischen Elite und Volk beziehungsweise Nicht-Elite stehen daher noch aus. Auch Mudde und Kaltwasser beließen es bei einem relativ allgemeinen Katalog von Anschuldigungen, die Populisten gegen die jeweiligen Eliten vorbringen. Die Frage, welche Bedeutung das Handeln der Eliten (im starken Plural) beziehungsweise die Beziehungen zwischen Eliten und Nicht-Eliten für das Entstehen, die Dynamik, die Propaganda und den Erfolg – oder Misserfolg – populistischer Bewegungen haben, ist also bislang von der politikwissenschaftlichen Populismus-Forschung unbeantwortet geblieben. Damit muss aber auch die Frage offenbleiben, ob überhaupt kontextabhängige und somit historisch wandelbare Wirkungszusammenhänge zwischen Populismus und Elite-Handeln bestehen oder es sich bei den anti-elitären Einstellungen potenzieller Populisten modelltheoretisch um eine überzeitliche Konstante handelt. Letzteres ließe sich nicht widerspruchsfrei mit dem Befund in Übereinstimmung bringen, dass es sich beim Populismus zwar um ein globales, aber zeitlich diskontinuierlich auftretendes Phänomen handelt. Oder anders gesagt: Der blinde Fleck wirft das Problem auf, inwieweit die Entwicklung populistischer Bewegungen von kontingenten Faktoren (mit-)bestimmt wird.

IV. Populismus – politische Praxis und Wählerschaft

Versuche, Populismus als eine besondere Form politischer Praxis zu definieren, bestätigen implizit die Bedeutung des Elite-Volk-Gegensatzes, selbst wenn sie stär-

⁵² Vgl. Morten Reitmayer, *Elite. Sozialgeschichte einer politisch-gesellschaftlichen Idee in der frühen Bundesrepublik*, München 2009.

⁵³ Vgl. Ionescu/Gellner (Hrsg.), *Populism*; Mény/Surel (Hrsg.), *Democracies*; Kaltwasser u. a. (Hrsg.), *Oxford Handbook of Populism*; Decker/Henningsen/Jakobsen (Hrsg.), *Rechtspopulismus*; Mudde/Kaltwasser, *Populism*; Müller, *Populismus*; Benjamin Moffitt, *The Global Rise of Populism. Performance, Political Style, and Representation*, Palo Alto 2016, und Paul Taggart, *Populism*, Buckingham/Philadelphia 2000.

⁵⁴ Vgl. Nadia Urbinati, *Populism and the Principle of Majority*, in: Kaltwasser u. a. (Hrsg.), *Oxford Handbook of Populism*, S. 571–589, und Christopher Bickerton/Carlo Invernizzi Accetti, *Populism and Technocracy*, in: Ebenda, S. 326–341.

ker auf die Beziehung zwischen den populistischen Organisationen und dem Volk abstellen. Drei typische Ausprägungen populistischer Politik sollen hier kurz genannt werden, wobei aus der Literatur nicht deutlich wird, ob tatsächlich alle genannten Merkmale erfüllt sein müssen, um eine Bewegung oder Partei als populistisch qualifizieren zu können:⁵⁵ Erstens stilisieren sich populistische Parteien und Bewegungen in der Regel als Anti-Partei, das heißt, sie geben vor, anders als alle anderen politischen Akteure zu handeln und – damit einhergehend – eine Anti-Establishment-Partei zu sein. Darin findet die bereits erläuterte strikte Teilung der sozialen Welt in Volk und Elite ihren Ausdruck. In diesem Zusammenhang bleibt es beim derzeitigen Forschungsstand eine offene Frage, ob das Verblässen traditioneller politischer Gegensätze (*cleavages*), vor allem des Rechts-Links-Gegensatzes, nicht erst den Raum geschaffen hat, in dem sich populistische Parteien als vermeintlich einzige Alternativen zum politischen Mainstream Gehör verschaffen konnten. Ohne die Berücksichtigung der Relationen zu anderen Parteien ist eine Geschichte des Populismus daher nicht zu schreiben.

Zweitens sprechen populistische Bewegungen diejenigen Gruppen direkt an, die sie als – homogen gedachtes – Volk bezeichnen. Dazu setzen sie unterschiedliche, aber komplementäre Mittel ein. Beispielsweise bedienen sie sich immer wieder einer Strategie des gezielten sprachlich-symbolischen Tabubruchs. Auf diese Weise entwickeln ihre Aktivisten eine Form von Charisma, indem sie das aussprechen oder praktizieren, was ihr Anhang nicht auszusprechen oder zu tun wagt. Ein weiteres probates Mittel, sich dem Volk direkt zuzuwenden, sind sprachliche Vereinfachungen und holzschnittartige Zuspitzungen komplexer Sachverhalte. Walter Ötsch hat beispielsweise die politische Sprache der Freiheitlichen Partei Österreichs als „demagogisches Panorama“ charakterisiert. Dabei werde mittels Wortneuschöpfungen, einer stark gefühlsbetonten Sprache und der Personalisierung von Sachproblemen eine Weltsicht konstruiert, die das bedrohte Wir mit einem gefährlichen Sie konfrontiere.⁵⁶ Einem solchen „demagogischen Panorama“ liegt also eine kategoriale sprachliche Unterscheidung der Welt in ein Wir (das Volk) und die Anderen (die Elite, die Fremden) zugrunde; dieses Konstrukt ähnelt in seiner universalen Anwendbarkeit übrigens dem von Shulamit Volkov skizzierten „Antisemitismus als kultureller Code“.⁵⁷ Drittens schließlich pflegen populistische Parteien notwendigerweise einen äußerst engen und kreativen Umgang mit Massenmedien, ohne den die Strategie des Tabubruchs verpuffen würde.

Das vielleicht kohärenteste Konzept zur Bestimmung des Populismus als einer besonderen politischen Form hat der australische Politikwissenschaftler Benjamin

⁵⁵ Vgl. Florian Hartleb, Rechts- und Linkspopulismus. Eine Fallstudie anhand von Schill-Partei und PDS, Wiesbaden 2004, und Decker, Rechtspopulismus, S. 35–37.

⁵⁶ Walter Ötsch, Demagogische Vorstellungs-Welten. Das Beispiel der FPÖ; in: Gabriella Hauch/Thomas Hellmuth/Paul Pasteur (Hrsg.), Populismus. Ideologie und Praxis in Frankreich und Österreich, Innsbruck/Wien, S. 93–104, hier S. 94.

⁵⁷ Vgl. Shulamit Volkov, Antisemitismus als kultureller Code, in: Dies. (Hrsg.), Jüdisches Leben und Antisemitismus im 19. und 20. Jahrhundert. Zehn Essays, München 1990, S. 13–36.

Moffitt vorgelegt. Er begriff Populismus als einen distinkten politischen Stil, den er als ein generatives Prinzip definierte, als „the repertoires of embodied, symbolically mediated performance made to audiences that are used to create and navigate the fields of power that comprise the political, stretching from the domain of government through to everyday life“.⁵⁸ Moffitt hob an dieser Stelle vor allem auf die Performanz ab, mit der sich populistische Bewegungen an ihre Anhängerschaft wenden. Davon ausgehend unterschied er zwei grundlegende politische Stile: den populistischen und den technokratischen. Damit vermied er die häufig etwas selbstgerechte Gegenüberstellung von populistischen (anti-intellektuellen, frauen- und migrantenfeindlichen, Schutzrechte negierenden, reaktionären) und liberalen (aufgeklärten, kosmopolitischen) Weltanschauungen und Politikkonzepten. Während sich der technokratische Stil durch das Vertrauen in Expertise, ein angemessenes Verhalten („good manners“) und die Betonung von Stabilität und Fortschritt auszeichne, sah Moffitt den populistischen Stil durch den Appell an das Volk gegen die Elite, fortwährende Grenzüberschreitungen („bad manners“) und das Beschwören von Krise, Bedrohung und Zusammenbruch geprägt.⁵⁹

Diese Begriffsbestimmung, so Moffitt, habe den Vorteil, dass sie das Aufkommen populistischer Phänomene einbette in den gegenwärtigen Entwicklungsstand demokratischer Politik, die allerorten mehr und mehr „stilisiert, medial vermittelt und spektakulär“ betrieben werde.⁶⁰ Dabei liege es vor allem in der Hand des populistischen Führers, die Hoffnungen der Anhängerschaft anzusprechen und ihre Ängste zu schüren – eine Aufgabe, die die populistische Partei so nicht übernehmen könne. Und gerade der gegenwärtige Trend hin zur „presidentialisation“ des politischen Geschehens und zum Aufstieg der Medien-Prominenz („celebritisation“) verlange von der Forschung, sich stärker auf die performativen Stilmittel zu konzentrieren, mit denen populistische Führer vorgeben, das Volk zu repräsentieren, statt auf Inhalte.⁶¹ Moffitt machte ausdrücklich darauf aufmerksam, dass sich auch nicht-populistische Politikerinnen und Politiker dieses Stils bedienen, doch nur die Populisten seien vollkommen darauf fokussiert. Gerade dadurch wird Moffitts Populismus-Begriff auch für die historische Forschung interessant,⁶² der sich zudem durch seine Akteurs-Zentriertheit auch verhältnismäßig leicht operationalisieren lässt.

Einen ganz eigenständigen Ansatz, der von der internationalen Populismus-Forschung allerdings bislang kaum aufgegriffen worden ist, hat Pierre Rosanvallon entwickelt.⁶³ Der französische Historiker erklärte den Aufstieg populistischer Be-

⁵⁸ Moffitt, *Global Rise*, S. 28 f. Diese Definition war ihm so wichtig, dass er sie in seinem Buch (S. 38 und S. 50) mehrmals wortgleich wiederholte.

⁵⁹ Vgl. ebenda, S. 43–50; die Zitate finden sich auf S. 46 und S. 44.

⁶⁰ Ebenda, S. 50.

⁶¹ Vgl. ebenda, S. 68 f.; die Zitate finden sich auf S. 69.

⁶² Vgl. Michael Minkenberg, Was ist Rechtspopulismus?, in: *Politische Vierteljahresschrift* 59 (2018), S. 337–352, hier S. 347 f.

⁶³ Vgl. Pierre Rosanvillons Arbeiten: *Demokratische Legitimität. Unparteilichkeit – Reflexivität – Nähe*, Bonn 2013, und *Die Gesellschaft der Gleichen*, Berlin 2017.

wegungen in ideengeschichtlicher Perspektive durch die pathologische Übersteigerung von Strukturkonflikten, die in demokratischen Systemen grundsätzlich angelegt sind, die sich in den zurückliegenden Jahrzehnten jedoch durch eine zunehmend von Misstrauen geprägte Kluft zwischen Politik und Zivilgesellschaft einerseits und durch die fortschreitende Erosion klarer politisch-ideeller Alternativen andererseits enorm verschärft hätten.⁶⁴ Die destruktiven Merkmale des Populismus erblickte Rosanvallon in radikalisierten Formen demokratischen Misstrauens gegenüber den Machthabern. Er beschrieb dieses Phänomen als „Pathologie von Kontrolle und Wachsamkeit“, die sich in eine „zwanghafte und permanente Anfeindung der Regierungsbehörden“ verwandelten, „bis zu dem Punkt, wo diese Behörden als radikal fremde, gesellschaftsfeindliche Mächte angesehen werden“.⁶⁵ Rosanvallon bezeichnete den Populismus in diesem Zusammenhang als „eine Art moderne Verkörperung des Sykophantentums“. Darüber hinaus „kann Populismus als eine Pathologie prohibitiver Souveränität verstanden werden“, die in einem aggressiven Anti-Elitismus und der Beschworung düsterer Bedrohungsszenarien zum Ausdruck komme.

In diesem Punkt besteht die größte Übereinstimmung zwischen Rosanvillons Populismus-Begriff und dem der angelsächsischen Forschung. Letztere stellte den Volk-Elite-Gegensatz ebenfalls ins Zentrum ihrer Begriffsbildung und machte auf die innere Notwendigkeit aufmerksam, mit der Populisten Systemkrisen nicht nur behaupten, sondern geradezu inszenieren. Rosanvallon führte diese Analyse noch weiter. Er erkannte, dass im Populismus das an sich produktive Verständnis vom Volk als Kontrollinstanz über die Entscheidungen der Mächtigen, die Rechenschaft ablegen und den Erwartungen der Bevölkerung Rechnung tragen sollten, destruktiv übersteigert werde. Den Populisten gehe es nur noch darum, die Nutznießer der nationalen Wohlfahrtsproduktion als vermeintliche Betrüger zu denunzieren: „Die einzige Justiz, die dieses Volk kennt, ist die der Verfolgung, Bestrafung und Stigmatisierung jener großen Gruppe von ‚Unerwünschten‘ und ‚Parasiten‘, die es zu den Objekten seines Zorns auserkoren hat.“ Dabei kümmere sich das „hemmungslose Richter-Volk des Populismus [...] nicht um Fragen der Verteilungsgerechtigkeit, um Wege zur Verbesserung der Chancengleichheit zu ermitteln“.

Alle diese Erwägungen legen die Annahme nahe, dass der Populismus ganz wesentlich vom kollektiven Habitus der weniger modernisierten Milieus der Unter- und Mittelklassen geprägt wird⁶⁶ – dies nicht zuletzt vor dem Hintergrund der französischen Erfahrungen mit dem Poujadismus. Der große Vorzug von Rosanvillons

⁶⁴ Es sei daran erinnert, dass die Gleichförmigkeit der ökonomischen Vorstellungen in den politisch-administrativen Entscheidungseliten, die in der Bundesrepublik erst seit den 1990er Jahren mit dem TINA-Prinzip verbunden wird, unter dem Begriff „pensée unique“ in Frankreich bereits seit den 1980er Jahren beklagt wird; vgl. Matthias Waechter, *Geschichte Frankreichs im 20. Jahrhundert*, München 2019, S. 446 f.

⁶⁵ Pierre Rosanvallon, *Die Gegen-Demokratie. Politik im Zeitalter des Misstrauens*, Bonn 2018, S. 243; die folgenden Zitate finden sich ebenda, S. 244 f. und S. 247.

⁶⁶ Diese Annahme findet sich auch bei Priester, *Populismus*, S. 47.

Überlegungen für die historische Forschung besteht also darin, dass er die Möglichkeit bietet, nicht nur die offensichtlichen, sondern auch die anscheinend weniger genuin politischen Aspekte des Populismus in eine Geschichte der europäischen Demokratie einordnen zu können. Allerdings erweiterte Rosanvallon in einer späteren Schrift sein Populismus-Konzept nicht unerheblich. Angesichts der Tatsache, dass der Populismus „die Politik des 21. Jahrhunderts“ revolutioniere und „die aufsteigende Ideologie des 21. Jahrhunderts“⁶⁷ darstelle, sei es notwendig, eine problemadäquate Theorie des Populismus zu entwerfen, um ihn überhaupt einer fundierten Kritik unterziehen und letztlich auch eine Alternative zum Populismus formulieren zu können, die über das Festhalten an der bestehenden Ordnung hinaus geht.

Zu diesem Zweck hat sich Rosanvallon mit der „politischen Kultur des Populismus“ beschäftigt und fünf „Grundelemente“ rekonstruiert:⁶⁸ Erstens basiere sie auf einem Volksbegriff, der auf Unterteilungen der sozialen Welt in Klassenbegriffen verzichte, dafür aber in der Ablehnung der Eliten wie der Fremden, die beide nicht zum Volk gehörten, auch vor dunklen Emotionen wie Hass nicht zurückschrecke – hier befindet sich Rosanvallon offensichtlich in voller Übereinstimmung mit der übrigen Populismus-Literatur. Auf diese Weise, so Rosanvallon, gewinne der Begriff Volk seine Fähigkeit zur Formgebung des Sozialen zurück. Zweitens verfüge der Populismus in der Tat über eine eigene Demokratietheorie, die sich auf drei Elemente stütze: „eine Bevorzugung der direkten Demokratie (veranschaulicht durch die Glorifizierung des Referendums); eine polarisierte und extrem wahlorientierte Sicht der Volkssouveränität, die vermittelnde Organe ablehnt und die die nicht gewählten Institutionen (Verfassungsgerichte und unabhängige Behörden) zu beschneiden versucht; ein Verständnis von Gemeinwillen als einem, der zu spontaner Äußerung imstande ist“.

Drittens existiere laut Rosanvallon durchaus eine – auf den ersten Blick überraschende – populistische Vorstellung von politischer Repräsentation, die sich jedoch nicht auf Wahlkörperschaften beziehe, sondern auf die Figur des zur sinnlichen Verkörperung des Volkes fähigen „Homme-peuple“.⁶⁹ Exemplarisch veranschaulichte Rosanvallon die Funktionsweise dieses Prinzips anhand der Geschichte Napoleons III., dessen Rhetorik und Politik autoritäre und demokratische Elemente enthalten habe und wie eine Vorlage für gegenwärtige populistische Regierungen wirke. Viertens rechnete Rosanvallon der politischen Kultur des Populismus eine eigene Wirtschaftsphilosophie zu, den „Nationalprotektionismus“.⁷⁰ Damit unterscheidet sich Rosanvallons Populismus-Begriff deutlich von vielen Populismus-Definitionen, die dessen wirtschaftspolitische Forderungen lediglich als verantwortungslos – und in der Begriffsbildung bedeutungslos – ab-

⁶⁷ Pierre Rosanvallon, *Das Jahrhundert des Populismus. Geschichte, Theorie, Kritik*, Hamburg 2020, S. 9 und S. 14.

⁶⁸ Ebenda, S. 15; dort findet sich auch das folgende Zitat; weiter dazu vor allem S. 27–34.

⁶⁹ Ebenda, S. 93; zum Gesamtzusammenhang vgl. ebenda, S. 91–107.

⁷⁰ Ebenda, S. 51; weiter dazu vor allem S. 51–58.

tun.⁷¹ Wichtig ist hier, dass der populistische „Nationalprotektionismus“ nicht in pragmatischer Absicht aufstrebende oder bedrohte Wirtschaftszweige schützen, sondern die politische Souveränität des Volks über den physischen Raum herstellen soll, was auch erklärt, weshalb populistische Bewegungen in Europa häufig aus regionalistischen Separatismen entstanden, die sich etwa gegen die Besteuerung durch den Zentralstaat auflehnten, indem sie den Raum politisch neu definierten. Überdies erklärt das Verlangen nach Souveränität über den Raum auch die Obsession populistischer Parteien, die Grenzen zu kontrollieren, um Unerwünschte und Fremde abzuwehren.

Fünftens schließlich integriert Rosanvillons populistische Kultur systematisch wichtige Momente der Emotionsgeschichte.⁷² Er unterschied dabei positionsbezogene Emotionen wie das Gefühl, von den Eliten vernachlässigt oder verachtet zu werden,⁷³ verstandesbezogene Emotionen, die einer als intransparent und bedrohlich empfundenen Welt etwa durch Verschwörungstheorien eine gewisse Kohärenz zurückgeben, und schließlich handlungsbezogene Emotionen, die er als „Dégagismus“⁷⁴ bezeichnete. Diese handlungsbezogenen Emotionen drücken die Ablehnung der Eliten, Ohnmacht und Wut aus; damit konstituiert sich das Volk aber sprachlich gleichsam als Ekel- und Frustrationsgemeinschaft. Rosanvillon offerierte damit nicht nur die umfassendste *und* kohärenteste Populismus-Definition, sondern auch diejenige, die für die empirische zeithistorische Forschung am besten geeignet ist. Ihre fünf Grundelemente lassen sich im Sinne der Arbeitspragmatik verhältnismäßig leicht operationalisieren; zudem lässt sich durch den Zugriff über die politische Kultur die oft fruchtlose Zuordnungsfrage vermeiden: „populistisch oder nicht?“

Schließlich ist noch auf eine weitere Kontroverse einzugehen: Wer wählt populistische Parteien? Auch hier finden sich im Wesentlichen zwei Standpunkte: zum einen die Behauptung, es seien die ökonomischen Modernisierungsverlierer, die als Opfer des Neoliberalismus den nationalistischen und rassistischen Exklusionsversprechen der Rechtsparteien folgten;⁷⁵ zum anderen die Ansicht, es seien die kulturellen Modernisierungsverlierer, die als Opfer der von kosmopolitischen Eliten betriebenen Globalisierung gewissermaßen in eine politische Regression verfielen⁷⁶ – eine Deutung, die bemerkenswerterweise führende Vertreter der AfD

⁷¹ Vgl. Mudde/Kaltwasser, *Populism*, S. 3 f. In den einschlägigen Sammelbänden fehlt bezeichnenderweise eine systematische Diskussion dieses Problems.

⁷² Vgl. Rosanvillon, *Jahrhundert*, S. 59–71.

⁷³ Dieses Gefühl lässt sich verstehen als emotionale Reaktion auf die Zerstörung der „Beziehungsgleichheit“ zwischen den unterschiedlichen Akteuren als zentrale Voraussetzung der Demokratie. Rosanvillon, *Gesellschaft der Gleichen*, S. 19.

⁷⁴ Abgeleitet vom französischen Imperativ „Dégage!“ findet sich diese unverblühte Aufforderung an die Eliten abzuhausen in zahlreichen populistischen Varianten: „Que se vayan todos!“, „Qu'ils aillent tous!“, „Vaffanculo!“ Rosanvillon, *Jahrhundert*, S. 11 und S. 68.

⁷⁵ Vgl. Butterwegge/Hentges/Lösch (Hrsg.), *Weg*, und die Beiträge in *Prokla* 48 (2018).

⁷⁶ Vgl. Müller, *Populismus*; Mounk, *Zerfall*, und Christopher Lasch, *Die blinde Elite. Macht ohne Verantwortung*, Hamburg²1995.

selbst offensiv vertreten haben.⁷⁷ Dieser Interpretation hat man nicht zu Unrecht vorgeworfen, einen „parteiischen Populismusbegriff“ zu entwerfen, um sich unliebsamer politischer Anliegen durch eine kulturelle Stigmatisierung bestimmter Akteure zu entledigen: „Ein pikiertes Bürgertum möchte, dass die Ungewaschenen sich doch bitte erst mal waschen, bevor sie artig am Diskurstisch Platz nehmen dürfen.“⁷⁸ Allerdings lässt diese Kritik der Populismus-Kritik zwei Lesarten zu: Stellt die Ablehnung populistischer Bewegungen nur eine „Elitenselbstvergewisserung“ dar? Ist sie als Ausdruck des „Klassenrassismus“ der Mittelklassen anzusehen?⁷⁹ Oder handelt es sich um einen handfesten Kampf um die politische Legitimität bestimmter Ziele, Aktionsformen und Akteure, indem durch die Suspendierung der „Beziehungsgleichheit“ Forderungen der abgehängten Arbeiterschaft alter Industrien nach einer gerechteren Verteilung ökonomischer Ressourcen zu Gunsten ökologischer Anliegen und globaler Karrierechancen für gut ausgebildete Abkömmlinge der Mittelklassen als populistisch denunziert werden?⁸⁰

Die empirische Grundlage für beide Interpretationsansätze ist allerdings verhältnismäßig dünn. Philip Manow hat die soziale Zusammensetzung der AfD-Wählerschaft bis auf die Ebene der Wahlkreise in Korrelation mit der Arbeitsmarkt- und der Regionalstatistik untersucht.⁸¹ Dabei kam er zu dem Schluss, dass bei der Bundestagswahl 2017 nicht die aktuelle, sondern die rund eineinhalb Jahrzehnte zuvor erfahrene oder zumindest als Bedrohung empfundene Arbeitslosigkeit ein wichtiges Motiv dafür war, für die AfD zu stimmen. Es habe sich vor allem um Facharbeiter gehandelt, die ihren sozialen Status durch die sogenannte Agenda 2010 der Rot-Grünen Bundesregierung unter Gerhard Schröder gefährdet gesehen hätten; die Verkürzung der Bezugsdauer des Arbeitslosengelds und die Einführung von „Hartz IV“ mögen als Stichworte genügen. Dazu sei im Zusammenhang mit der „Flüchtlingskrise“ von 2015 die Befürchtung gekommen, im Falle des Arbeitsplatzverlusts binnen kurzer Zeit mit sozialhilfeberechtigten Migrantinnen und Migranten auf einer Stufe zu stehen. Nimmt man diese Befunde ernst, dann bieten populistische Parteien und Bewegungen den weniger modernisierten Milieus im unteren Drittel der Gesellschaft⁸² die Möglichkeit zum politischen Kampf, aber nicht gegen Angehörige einer anonymen globalisierten Elite, sondern gegen Poli-

⁷⁷ Vgl. Frankfurter Allgemeine Zeitung vom 6.10.2018: „Warum muss es Populismus sein?“ (Alexander Gauland).

⁷⁸ Manow, Politische Ökonomie, S. 31 und S. 28; das folgende Zitat findet sich ebenda, S. 31.

⁷⁹ Pierre Bourdieu, Die feinen Unterschiede. Kritik der gesellschaftlichen Urteilskraft, Frankfurt a. M. 1982, S. 292.

⁸⁰ Zur Debatte vgl. Manow, Politische Ökonomie, und zur Kritik an dieser Gegenüberstellung vgl. Thomas Piketty, Kapital und Ideologie, München 2020, S. 979–985.

⁸¹ Vgl. hierzu und zum Folgenden Manow, Politische Ökonomie, S. 84–87 und S. 90–102.

⁸² Für eine (noch rudimentäre) Verbindung von Milieu-Ansatz und Populismus-Forschung vgl. Michael Vester, Der Kampf um soziale Gerechtigkeit: Der Rechtspopulismus und die Potentiale politischer Mobilisierung. Zweiter Teil des Essays „Der gesellschaftliche Strukturwandel und der Kampf um soziale Gerechtigkeit in der Bundesrepublik Deutschland“; www.spw.de/data/michael_vester.pdf [9.7.2021].

tikerinnen und Politiker, von denen sie vergeblich Schutz und Statussicherung verlangt haben. Hinter die empirischen Befunde Manows sollte die Populismus-Forschung nicht zurückfallen.⁸³

Man kann davon ausgehen, dass es in der Bevölkerung unterschiedliche, sogar nicht miteinander kompatible Gründe geben mag, populistischen Bewegungen zu folgen. In diese Richtung deuten etwa die Bemühungen, den Aufstieg des (Rechts-) Populismus als Revolte der von den Globalisierungsprozessen ökonomisch wie kulturell marginalisierten *Somewheres* zu verstehen, die ihren lokal-regional-sozialen Kontext nicht aufgeben (können); sie wendeten sich gegen die materiellen wie immateriellen Globalisierungsgewinner, die – vor allem beruflich – ortsungebundenen *Anywheres*.⁸⁴ Terminologisch bestehen dabei allerdings erhebliche Unschärfen, etwa wenn die *Anywheres* als die „liberalen Eliten“ identifiziert werden, derer die Demokratie bedürfe. In „entwickelten Volkswirtschaften“ machten sie angeblich zwischen 20 und 30 Prozent der Bevölkerung aus – womit der Elite-Begriff jeden Sinn

⁸³ Aus diesem Grund scheint mir Andreas Reckwitz' Interpretation verkürzt, die rechtspopulistischen Bewegungen Europas als eine Version des „politischen Kulturessenzialismus“ zu beschreiben und damit die kulturelle Dimension populistischer Bewegungen einseitig zu privilegieren. Den Hintergrund bildet Reckwitz' Theorie der „Spätmoderne“, in der die „Nivellierte Mittelstandsgesellschaft“ der Nachkriegszeit zerfallen und eine „neue Akademikerklasse“ bzw. eine „neue Mittelklasse“ entstanden sei. Ihr Lebensstil der Selbstverwirklichung und der „Authentifizierung des Lebens“ und ihre Praxis der Kulturalisierung der Politik bewirke eine Entwertung der Lebensführung und der Werte sowohl der „alten Mittelklasse“ wie der „Unterklasse“. Reckwitz sah bei der „Unterklasse“ nun „Ansätze eines kulturellen Distinktionskampfes ‚unten gegen oben‘ oder ‚Establishment gegen das Volk‘, in dem man der etablierten Kultur der neuen Mittelklasse, die nun als die Eliten erscheinen, gerade einen Mangel an Authentizität vorhält“. Und auch „die alte Mittelklasse kann sich so, obwohl sie materiell weiterhin durchaus gut situiert sein mag, in der *kulturellen Defensive* wahrnehmen. Diese systematischen Enttäuschungen drücken sich teilweise politisch in den Haltungen eines Antielitismus und Antiglobalismus aus.“ Andreas Reckwitz, *Die Gesellschaft der Singularitäten. Zum Strukturwandel der Moderne*, Berlin 2017, S. 275–285, S. 293, S. 359–363 und S. 369; Hervorhebung im Original. Gegen dieses Verständnis des Populismus müssen meines Erachtens mehrere Einwände formuliert werden: Erstens überschätzte Reckwitz die Homogenität der westeuropäischen Nachkriegsgesellschaften und damit die Bedeutung ihres Zerfalls; ob es sich um mehr handelt als um die Verjüngung sozialer Milieus, scheint mir empirisch nicht belegt. Zweitens vermag dieses Konzept nicht das Entstehen populistischer Bewegungen in Frankreich im 19. und Mitte des 20. Jahrhunderts, in den USA der 1890er Jahre und in Lateinamerika in den 1930er bis 1950er Jahren zu erklären – also historisch lange vor der „Spätmoderne“. Und drittens können die sozialökonomischen Forderungen populistischer Bewegungen, in denen sich Kämpfe um Arbeitsplätze, um soziale Sicherheit und um öffentliche Investitionen ausdrücken, in dieser kulturalistischen Populismus-Definition allenfalls als abgeleitet erscheinen, wenn sie überhaupt auftauchen. Zum sozialstrukturellen Wandel in Westeuropa vgl. Michael Vester u. a., *Soziale Milieus im gesellschaftlichen Strukturwandel. Zwischen Integration und Ausgrenzung*, Frankfurt a. M. ⁴2015, insbesondere S. 48–54 und S. 121–149. Zur Kritik am Konzept der „Nivellierten Mittelstandsgesellschaft“ vgl. Hans Braun, Helmut Schelskys Konzept der „nivellierten Mittelstandsgesellschaft“ und die Bundesrepublik der 50er Jahre, in: *Archiv für Sozialgeschichte* 29 (1989), S. 199–223.

⁸⁴ Vgl. David Goodhart, *The Road to Somewhere. The Populist Revolt and the Future of Politics*, London 2017.

verliert.⁸⁵ Hier gilt es, doppelte Vorsicht walten zu lassen, weil diese Gegenüberstellung einerseits auf normativ aufgeladene Gegensatzpaare wie etwa Gebildete versus Ungebildete oder Avantgarde versus Hinterwäldler ausgedehnt werden kann. Andererseits haben rechtspopulistische Akteure längst versucht, sich ausdrücklich zum alleinigen Advokaten der *Somewheres* zu erklären.⁸⁶ Davon einmal abgesehen, nährt diese Interpretation erneut die Vermutung, dass der Aufstieg populistischer Bewegungen weniger als Konflikt zwischen den obersten und den untersten Etagen der Gesellschaft zu begreifen ist. Vielmehr scheint es sich um eine Auseinandersetzung zu handeln, die in der Mitte der Gesellschaft beziehungsweise zwischen unterschiedlichen Milieus oder Lagern der „Mittelklassen“ und „Unterklassen“ ausgefochten wird.

V. Zeithistorische Populismus-Forschung – Leitfragen und Untersuchungsfelder I

Aus zeithistorischer Perspektive erscheinen die gegenwärtigen Deutungskämpfe in Politikwissenschaft und Publizistik um die Natur des Populismus weitgehend festgefahren. Als größtes Hindernis für die empirische Untersuchung historischer Dimensionen des Aufstiegs populistischer Bewegungen erweist sich die aus den skizzierten Deutungsmustern erwachsene Unmöglichkeit, den Blick dafür zu weiten, dass sich populistische Ideen und Praktiken auch in etablierten Parteien und Bewegungen finden können, ohne dass diese dadurch im Populismus aufgehen. So konzidiert beispielsweise Karin Priester durchaus „populistische Zutaten“ bei Politikerinnen und Politikern wie Margaret Thatcher, Gerhard Schröder oder Tony Blair, letztlich auch beim Durchschnittstypus des CSU-Politikers und sogar bei Helmut Schmidt. Doch sei dies „Mimikry“, und erst bei einer Dominanz des spezifisch Populistischen – für Priester die Revolte gegen den modernen Staat – sei es sinnvoll, von Populismus zu sprechen.⁸⁷

Doch stellt sich die Frage, ob die Perspektive nicht gegenüber dieser schwarz-weiß gehaltenen Argumentation geöffnet werden müsste, um Graustufen, Phasen, Konjunkturen, Mischungsverhältnisse, Potenziale und Übergänge zu identifizieren. Für die Zeitgeschichte ergeben sich aus der Überwindung dieser Schablone vielfältige Möglichkeiten, zur Erklärung populistischer Phänomene beizutragen, aber auch Herausforderungen, die aus der zeitlichen Nähe zum Gegenstand ebenso resultieren wie aus der Notwendigkeit, die politikwissenschaftlichen Populismus-Modelle hinter sich zu lassen und die Sozialgeschichte der Demokratie gegebenenfalls neu zu konturieren. Die folgende Liste von Leitfragen und Untersuchungsfeldern ist das Ergebnis der Auseinandersetzung mit den skizzierten politikwissenschaftlichen Diskussionen. Sie ist keineswegs als Kriterienkatalog einer additiven Begriffsbestimmung zu verstehen, sondern sie soll helfen, das Unter-

⁸⁵ Carlo Strenger, *Diese verdammten liberalen Eliten. Wer sie sind und warum wir sie brauchen*, Berlin 2019, S. 27.

⁸⁶ Vgl. Frankfurter Allgemeine Zeitung vom 6.10.2018: „Warum muss es Populismus sein?“

⁸⁷ Priester, *Populismus*, S. 20 f.

suchungsfeld des Populismus für die historische Forschung aufzuschließen. Sie ist notwendigerweise unvollständig, aber sie kann als Ausgangspunkt für eine empirisch gesättigte Analyse der historischen Tiefendimensionen populistischer Phänomene dienen.

Zunächst müsste die zentrale Annahme nahezu aller politikwissenschaftlicher Populismus-Definitionen auf empirischer Grundlage problematisiert werden, nämlich die Behauptung eines fundamentalen Gegensatzes zwischen Volk und Elite. Es ist durchaus bemerkenswert, dass dem behaupteten Gegensatz zwischen dem Volk und den vermeintlich Fremden gerade keine den Populismus-Begriff begründende, definitorische Qualität zugesprochen wird, obwohl kein Zweifel besteht, dass „die xenophobe Reaktion auf die Zuwanderung die wichtigste Wurzel für den Erfolg der populistischen Parteien und zugleich ihren größten gemeineuropäischen Nenner“ bildet.⁸⁸ In politikwissenschaftlicher Perspektive konstituiert sich Populismus durch Anti-Elitismus, nicht durch Xenophobie; andernfalls würden populistische Bewegungen auch keine Gefahr für die Institutionen der liberalen Demokratie darstellen, sondern für den gesellschaftlichen Zusammenhalt. Dann wäre Populismus allerdings kein Problem der Politikwissenschaft, sondern der Soziologie. Jedenfalls findet Fremdenfeindlichkeit wenig systematische Berücksichtigung in den einschlägigen politikwissenschaftlichen Begriffsbildungen. Umgekehrt stehen in politikwissenschaftlichen Arbeiten die Beschreibung populistischer Fremdenfeindlichkeit und ein auf Anti-Elitismus gegründeter Populismus-Begriff unvermittelt nebeneinander.⁸⁹ Hier ist ein Ansatzpunkt für die zeithistorische Forschung, die das Volk-versus-Elite-Paradigma auf der Basis von Fallstudien zur Genese und Entwicklung populistischer Bewegungen überprüfen, verifizieren, falsifizieren oder gegenüber der Bedeutung fremdenfeindlicher Einstellungen relativieren kann. Schon die Konjunkturen populistischer Bewegungen nach 1945, die nicht immer, aber auffallend oft mit Migrationswellen korrelieren, sprechen dafür, dass der Antagonismus zwischen Volk und Elite als *Movens* des Populismus nicht die überhistorische Konstante darstellt, als die er durch die demokratietheoretisch begründete Universalisierung des Elite-Masse-Gegensatzes erscheint. Eine Art Wellenmuster des Populismus⁹⁰ ergibt sich auch aus Paul Taggart in der Politikwissenschaft weithin diskutierter These, wonach Populisten eigentlich Politik wider Willen machten, da diese nur bei einer elementaren Bedrohung ihres „heartland“ die politische Arena betreten.⁹¹

Mudde erklärte die rezente Dynamisierung der Spannungen zwischen Eliten und Nicht-Eliten mit den erweiterten Partizipationsansprüchen breiter Bevölkerungsgruppen sowie mit den durch Globalisierungsprozesse verengten Hand-

⁸⁸ Wirsching, Preis, S. 330.

⁸⁹ Vgl. Heinz Ulrich Brinkmann/Isabelle-Christine Panreck (Hrsg.), *Rechtspopulismus in Einwanderungsgesellschaften. Die politische Auseinandersetzung um Migration und Integration*, Wiesbaden 2019.

⁹⁰ Vgl. etwa Mudde/Kaltwasser, *Populism*, S. 40 f.

⁹¹ Vgl. Taggart, *Populism*, S. 91–98.

lungsspielräumen der politischen Eliten.⁹² Allerdings bleibt diese Ausweitung von Teilhabeansprüchen bei Mudde letztlich eine Leerstelle, weil er weder über ihre Ursachen noch ihren Beginn, ihre Protagonisten oder über länderspezifische Eigenarten Auskunft gab. Vieles spricht daher für die Annahme, dass die Erwartungen an die Führungsleistungen der Eliten bei unterschiedlichen Gruppen immer wieder Enttäuschung hervorriefen; die schroffe Gegenüberstellung von Volk und Elite konnte also nur in genau zu rekonstruierenden historischen Kontexten bei bestimmten Teilen der Gesellschaft großen Anklang finden. Daraus folgt, dass den Ursachen dieser Enttäuschung, der Form dieser Entfremdung sowie den damit verbundenen Deutungskämpfen größere Aufmerksamkeit entgegengebracht werden sollte, als es bisher geschehen ist.

Eng damit verbunden ist auch die Frage, welche Elitefraktionen sich den Zorn der Populisten zuzogen. Gerade in Europa dürften die wichtigsten Unterschiede zwischen links- und rechtspopulistischen Bewegungen an genau diesem Punkt festzumachen sein: Linkspopulistische Bewegungen scheinen hauptsächlich, rechtspopulistische Bewegungen hingegen nur gelegentlich gegen Wirtschaftseliten Front zu machen, es sei denn, nennenswerte Teile dieser Wirtschaftseliten können als „volksfremd“ denunziert werden. Ein Beispiel wäre die antisemitisch aufgeladene Propaganda gegen ausländische Investoren in Ungarn.⁹³ Damit stellt sich auch die Frage, welche Handlungen der Eliten und welche weiteren Umstände die etablierten Beziehungen zwischen Eliten(-Fraktionen) und Teilen der Bevölkerung erodieren lassen. Denn wie auch immer die Eliten definiert werden – sei es als Macht-, Besitz-, Funktions- oder als Entscheidungseliten –, so rückt in jeder handlungstheoretisch modellierten Untersuchung die Beziehung zwischen diesen Eliten und den Nicht-Eliten ins Zentrum.

Plausibel erscheint dabei die Arbeitshypothese, für die osteuropäischen Transformationsgesellschaften einschließlich der ehemaligen DDR von der Fragilität dieser Beziehungen auszugehen, weil die Zeit für die Etablierung stabiler Beziehungen zwischen demokratischen Eliten – die in der Ex-DDR obendrein überwiegend aus Westdeutschland stammten⁹⁴ – und Bevölkerung nicht ausreichte oder weil diese durch Korruption schnell diskreditiert waren.⁹⁵ Für Westdeutschland

⁹² Vgl. Mudde, *Zeitgeist*, S. 555–558.

⁹³ Vgl. Emily Tamkin, *The Influence of Soros. Politics, Power, and the Struggle for an Open Society*, New York 2020. Zu denken wäre auch an die Heuschrecken-Rhetorik in der Bundesrepublik, mit der 2004/05 Praktiken internationaler, vor allem US-amerikanischer Investorgruppen denunziert wurden; vgl. Stern vom 28.4.2005: „Die Namen der ‚Heuschrecken‘“.

⁹⁴ Allerdings sind Ostdeutsche unter allen Teileliten in der politischen Elite bei weitem am stärksten repräsentiert. Jürgen Plöhn, *Ostdeutsche Profile in der Politik. Vom Aufbruch zur gesamtdeutschen Nation*, in: Oscar W. Gabriel/Beate Neuss/Günther Rüter (Hrsg.), *Eliten in Deutschland. Bedeutung, Macht, Verantwortung*, Bonn 2006, S. 135–152; Raj Kollmorgen, *Wo bleiben sie denn? Zur Marginalisierung Ostdeutscher in der Elitenrekrutierung*, in: Hendrick Berth u. a. (Hrsg.), *30 Jahre ostdeutsche Transformation. Sozialwissenschaftliche Ergebnisse und Perspektiven der Sächsischen Längsschnittstudie*, Gießen 2020, S. 333–356.

⁹⁵ Für Polen vgl. Maria Jarosz, *Macht, Privilegien, Korruption. Die polnische Gesellschaft 15 Jahre nach der Wende*, Wiesbaden 2005.

haben Michael Vester und sein Team den politisch-gesellschaftlichen Grundkonsens zwischen Eliten und Nicht-Eliten als „Leistung gegen Teilhabe“ beschrieben und – ohne dies intensiver auszuleuchten – seine zumindest partielle Erosion seit den 1970er Jahren konstatiert.⁹⁶ Hier öffnet die Erforschung populistischer Phänomene der vergleichenden europäischen Sozialgeschichte – als Sonde in die Tiefenschichten der Gesellschaft – ein weites Arbeitsfeld. Die relativ heftigen populistischen Konjunkturen in Frankreich in den 1950er und dann seit den 1980er Jahren legen jedenfalls die Vermutung nahe, dass eine vergleichbare politisch-gesellschaftliche Grundübereinstimmung zwischen Eliten und Nicht-Eliten links des Rheins weniger belastbar war oder früher verloren ging. Übrigens werden Reichweite und Wirkungsmacht des gesellschaftlichen Grundkonsenses mittlerweile auch für Großbritannien kontrovers diskutiert.⁹⁷

Die Betrachtung der populistischen Rhetorik hat die Frage aufgeworfen, wie man in verschiedenen europäischen und außereuropäischen Gesellschaften und zu verschiedenen Zeiten dabei das Volk als vermeintlich zentralen Bezugspunkt definierte – ethnisch-rassisch, sprachlich-kulturell oder nationalistisch. Paul Taggart hat vorgeschlagen, den schwer operationalisierbaren Begriff Volk durch den Terminus technicus „heartland“⁹⁸ zu ersetzen. Dieser Begriff bezeichnet einen imaginären Ort sozialmoralischer Beheimatung, der von Populisten erst dann als politischer Bezugspunkt propagiert werde, wenn er ihnen massiv bedroht erscheine. Gerade deshalb waren Populisten für Taggart „Politiker wider Willen“.⁹⁹ Allerdings verwendete Taggart „heartland“ als analytisches Konzept und nicht als Quellenbegriff, auch wenn man in den USA damit gemeinhin *Middle America* assoziiert. Es stellt sich daher die Frage, inwieweit sich etwa die im deutschen Begriff Heimat gespeicherten Erfahrungen und Erwartungen mit Taggarts Konzept decken. Letzterer legte Wert auf die Feststellung, dieses „heartland“ sei ein Ort in der imaginierten Vergangenheit der Populisten, der all das ausdrücke, was in der Gegenwart verloren gegangen sei. Diese komplexe, widersprüchliche Verschränkung von Vergangenheit, Gegenwart und einer von außen bedrohten Zukunft lädt geradezu dazu ein, sich in ideengeschichtlicher Perspektive des wissenssoziologischen Ansatzes von Karl Mannheim zu bedienen, der bei seiner Rekonstruktion des Altkon-

⁹⁶ Vester, Kampf, S. 3; vgl. auch ders. u. a., *Soziale Milieus*, S. 72–74. Belastbare Forschungsergebnisse zu diesem Punkt stehen noch aus. Mit Wolfgang Streeck (*Gekaufte Zeit*) ließe sich argumentieren, dass dieser Grundkonsens von den west- und außereuropäischen Eliten aufgekündigt worden sei, bevor die populistischen Bewegungen flächendeckend erstarkt seien. Nennenswerte Forschung dazu gibt es bislang freilich nicht. Die entsprechenden Entwicklungen in Osteuropa lassen sich in ein solches Bild hingegen nicht umstandslos integrieren; vgl. Philipp Ther, *Die neue Ordnung auf dem alten Kontinent. Eine Geschichte des neoliberalen Europa*, Berlin 2015.

⁹⁷ Vgl. Sonja Levsen, *Die 1970er Jahre in Westeuropa – un dialogue manqué*, in: *Geschichte und Gesellschaft* 42 (2016), S. 213–242.

⁹⁸ Taggart, *Populism*, S. 91; zum Folgenden vgl. ebenda, S. 92–98.

⁹⁹ Taggart, *Populism*, in: Mény/Surel (Hrsg.), *Democracies*, S. 69; vgl. auch Taggart, *Populism*, S. 93 f.

servatismus ganz ähnliche Phänomene untersucht hat.¹⁰⁰ Als Ort werde das „heartland“ außerdem durch seine Außengrenzen konstituiert, was die Möglichkeit scharfer Trennungslinien sehr vereinfache. Nicht nur die diskursive Konstruktion des Volksbegriffs – in welcher semantischen Gestalt auch immer –, sondern auch seine gefühlsmäßige Aufladung lassen Studien lohnend erscheinen, die auf eine Kombination aus Ideen- und Emotionsgeschichte setzen.

Einen ganz anderen analytischen Zugriff auf den Begriff Volk haben Ernesto Laclau und Chantal Mouffe vorgeschlagen.¹⁰¹ Nach ihrer Ansicht resultierte der lateinamerikanische Populismus aus einer Krise der Repräsentation, die einen Möglichkeitsraum für alternative Erzählungen über die soziale Welt eröffnete, in der das Volk zu einem diskursiven Bezugspunkt wurde. In der Konsequenz konstruierte die politische Sprache einen Gegensatz zwischen Wir und Sie. Angesichts zunehmender Ungleichheit, Exklusion und mangelnder Repräsentation konnte der Begriff Volk zu einem „leeren Signifikanten“ werden, der die Abwesenheit von gleichen Rechten, Inklusion und Repräsentation ausdrückte.¹⁰² Der Hintergrund von Laclaus radikal-konstruktivistischer, nicht an Foucault ausgerichteter Diskurstheorie von Populismus und Hegemonie war vor allem der erfolgreiche Peronismus in Argentinien.¹⁰³ Dieser Ansatz hat den Vorzug, im Medium des Diskurses einen analytischen Zusammenhang zwischen ökonomischen Umbrüchen, Repräsentationskrisen und Konjunkturen des Populismus sichtbar zu machen, ohne vorschnell einseitige Kausalbeziehungen zu behaupten, allerdings um den Preis, dies in einer selbstreferenziellen Theoriesprache zu formulieren.

Schließlich ist zu bedenken, dass die politikwissenschaftliche Annahme, die Populisten seien einzig auf das Volk fixiert – Taggart hat die Existenz weiterer zentraler Leitideen des Populismus ausdrücklich verneint¹⁰⁴ –, empirisch erst noch überprüft werden muss. In erster Linie kommen hier zwei Problemkreise in Betracht: ideologische Rechtfertigungen und politische Sprache¹⁰⁵ sowie die politische (Alltags-)Praxis. Man darf vermuten, dass die zeithistorische Forschung in der Geschichte der europäischen Gesellschaften eher konfligierende Dynamiken als modelltheoretische Reinheit vorfinden wird.

¹⁰⁰ Vgl. Karl Mannheim, *Konservatismus. Ein Beitrag zur Soziologie des Wissens*, hrsg. von David Kettler/Volker Meja/Nico Stehr, Frankfurt a. M. 1984.

¹⁰¹ Posthum zusammenfassend Laclau, *Reason*; vgl. auch Ernesto Laclau/Chantal Mouffe, *Hegemony and Socialist Strategy. Toward a Radical Democratic Politics*, London 1985; Chantal Mouffe, *Für einen linken Populismus*, Berlin 2018.

¹⁰² Zu den „empty signifiers“ vgl. Laclau, *Reason*, S. 69–72 und S. 95–98.

¹⁰³ Vgl. Yannis Stavrakakis, *Populism and Hegemony*, in: Kaltwasser u. a. (Hrsg.), *Oxford Handbook of Populism*, S. 535–553.

¹⁰⁴ Vgl. Paul Taggart, *Populism in Western Europe*, in: Ebenda, S. 248–263.

¹⁰⁵ Johannes Schaefer hat die Sprache der Populisten ausdrücklich an der Behauptung des Gegensatzes zwischen Volk und Eliten festgemacht; vgl. Johannes Schaefer, *Dem Volk aufs Maul geschaut? Eine Analyse des Sprachgebrauchs der AfD im Bundestagswahlkampf 2017*, in: Eckhard Jesse/Tom Mannewitz/Isabelle-Christine Panreck (Hrsg.), *Populismus und Demokratie. Interdisziplinäre Perspektiven*, Baden-Baden 2019, S. 99–119.

VI. Zeithistorische Populismus-Forschung – Leitfragen und Untersuchungsfelder II

Sowohl historisch als auch aktuell stellt sich die Frage nach den Ursachen und den Erfolgsbedingungen populistischer Bewegungen und Parteien. Für die Untersuchung des US-amerikanischen Populismus der 1890er Jahre ist diese Frage ganz selbstverständlich gewesen. Implizit oder explizit gehen gegenwärtig die meisten Autorinnen und Autoren von einer Repräsentationskrise in den westlichen Demokratien aus,¹⁰⁶ ohne dass ihrer historischen Dimension im Hinblick auf Entstehung, Verlauf oder sozial-räumliche Verortung in der Populismus-Literatur erklärende Kraft zugesprochen wird. Auch über die weiteren Symptome dieser Repräsentationskrise, die über den Populismus hinausreichen, liegen kaum gesicherte Erkenntnisse vor, zumal selbst ihre Ursachen, Ausprägungen und Wandlungstendenzen unter Politologinnen und Politologen noch sehr umstritten sind.¹⁰⁷ Die Politikwissenschaft hat den Zusammenhang zwischen Repräsentationskrise und Populismus bislang recht schematisch mit Hinweisen auf das jeweilige politische System erörtert – zum Beispiel ob eher präsidentielle oder eher parlamentarische Verfassungen das Entstehen populistischer Bewegungen begünstigen –, ohne dabei empirisch abgesicherte Ergebnisse vorzulegen.¹⁰⁸

Jan-Werner Müller hat auf drei miteinander zusammenhängende Entstehungsbedingungen des Populismus aufmerksam gemacht, die letztlich alle auf der Annahme einer Repräsentationskrise des demokratischen Systems basieren und für die zeithistorische Forschung durchaus fruchtbar gemacht werden können:¹⁰⁹ Müller beschrieb den Populismus erstens als Antwort auf die politische Exklusion bestimmter Gruppen, die ihrerseits mit Exklusionsforderungen gegenüber anderen auf diese Ausschlusserfahrungen reagieren. Zweitens profitieren nach Müller populistische Parteien, wenn sich etablierte Parteiensysteme auflösen oder zumindest in eine schwere Krise geraten. In die Lücke, welche die erodierenden etablierten Parteien hinterlassen, stoßen populistische Gruppierungen mit ihren politischen Gegenkonzepten. Drittens provoziere die behauptete Alternativlosigkeit bestimmter politischer Entscheidungen populistische Gegenbewegungen. In diesem Punkt besteht eine sehr große Nähe der Populismus-Forschung zur sozialwissenschaftlichen Neoliberalismus-Kritik. Sei es nun in der Form des unter anderem von Margaret Thatcher propagierten TINA-Prinzips („There is no alternative“), der französischen Behauptung des *pensée unique* oder in der deutschen Variante

¹⁰⁶ Vgl. Mouffe, Linker Populismus, S. 30 f., und Taggart, Populism, in: Mény/Surel (Hrsg.), Democracies.

¹⁰⁷ Vgl. Crouch, Postdemokratie; Vester, Kampf; Linden/Thaa (Hrsg.), Krise, und Rosanvallon, Gegen-Demokratie.

¹⁰⁸ Vgl. Mastropaolo, Populism, in: Heinisch/Holtz-Bacha/Mazzoleni (Hrsg.), Political Populism; Frank Decker, Die populistische Herausforderung. Theoretische und ländervergleichende Perspektiven, in: Ders. (Hrsg.), Populismus, S. 9–32, und Tim Spier, Populismus und Modernisierung, in: Ebenda, S. 33–58.

¹⁰⁹ Vgl. Müller, Populismus, S. 92–117.

des Sachzwangs – stets legitimierte diese Argumentation den Ausschluss der politischen Kontroverse und damit nicht nur politisch definierter Alternativen, sondern auch politischer Akteure. Vermutlich wurde dieser Trend noch verstärkt durch die neoliberale oder gleichsam marktradikale Abwertung korporatistisch-politischer Konsensfindung, unter Einschluss beispielsweise von Gewerkschaften, zugunsten streng marktkonformer Regularien der Interessendurchsetzung. Forschungen hierzu stehen noch aus, beispielsweise zu einer möglichen Homologie zwischen dem Allmachtanspruch marktbasierter Interessenvermittlungen und direkt-demokratisch-plebiszitären Formen der Entscheidungsfindung. Doch auch andere Politikmuster einer vermeintlichen politischen Alternativlosigkeit begünstigten nach Müller das Entstehen populistischer Bewegungen, etwa die anscheinend unpolitischen Technokraten-Regierungen, die in Italien und Griechenland während der 2000er und 2010er Jahre finanzwirtschaftliche Zwänge exekutierten.

Eine sozialhistorische Herangehensweise könnte sich neben der Untersuchung der von Müller benannten Erfolgsbedingungen vor allem drei lohnenden Forschungsfeldern widmen: Erstens zeigen sich populistische Bewegungen immer wieder in bestimmten sozialen und/oder regionalen Milieus verwurzelt¹¹⁰ – ein Paradebeispiel ist die italienische *Lega Nord*.¹¹¹ Die Form dieses Milieuzusammenhangs, vor allem die Kommunikationswege und die Mobilisierungsmechanismen zwischen den Organisationen oder Gliederungen der Bewegung und den betreffenden Trägermilieus dürften von erheblicher Bedeutung für die Stabilität und die Kampagnenfähigkeit populistischer Gruppierungen sein. Zweitens ist die Binnenorganisation populistischer Parteien oder Bewegungen für ihren Erfolg von großer Bedeutung. Und drittens ist die politische Kultur als Faktor für Sieg oder Niederlage zu berücksichtigen. Politikwissenschaftliche Studien haben mit Recht darauf hingewiesen, dass rechtspopulistische Parteien in der Bundesrepublik vor dem Auftauchen der AfD immer wieder an dem Problem gescheitert sind, sich von alt- oder neonazistischen Gruppen abgrenzen zu müssen, ohne das eigene Wählerpotenzial zu schwächen. Dieser Abgrenzungszwang ist Teil der (west-)deutschen politischen Kultur.¹¹²

Für das Entstehen populistischer Bewegungen werden Modernisierungskrisen, das Zerbröckeln sozialer Absicherungen durch eine neoliberale Sozial- und Wirtschaftspolitik oder die wachsende Entfremdung zwischen polyglotten Eliten und Globalisierungsverlierern verantwortlich gemacht.¹¹³ In Lateinamerika oder Italien spielt zweifellos auch Korruption als Ursache für das Anwachsen populistischer

¹¹⁰ Im deutschen Fall reproduzierte die Europawahl 2019 die Grenzen von vor 1990; auch hier existieren also deutliche sozial-räumliche Muster. Vgl. David Begrich, AfD: Die neue Macht im Osten, in: *Blätter für deutsche und internationale Politik* 7/2019, S. 9–12.

¹¹¹ Vgl. Antonia Gohr, *Die Lega Nord – Eine Herausforderung für Italien*, Frankfurt a. M. 2001.

¹¹² Vgl. Decker, *Rechtspopulismus*, und *Süddeutsche Zeitung* vom 10.2.2016: „Überdruss am liberalen Alltag“.

¹¹³ Vgl. Puhle, *Agrarbewegungen*.

scher Bewegungen eine große Rolle.¹¹⁴ Doch wird man in zeithistorischen Untersuchungen populistische Bewegungen in funktionierenden demokratischen Systemen von solchen unterscheiden müssen, in denen weite Teile der Bevölkerung faktisch von der politischen Teilhabe ausgeschlossen waren, wie dies in Lateinamerika oder in Indien wiederholt oder zumindest zeitweise der Fall gewesen ist.¹¹⁵

Bisherige Arbeiten haben vor allem das Wählerreservoir populistischer Parteien erforscht, bemerkenswerterweise jedoch deren Mitgliederschaft und ihren Aktivistinnen und Aktivisten verhältnismäßig wenig Aufmerksamkeit geschenkt. Während sich die sozialstrukturelle Lage und die politischen Motive der Wählerschaft nur indirekt erschließen lassen – das Material der einschlägigen Studien besteht üblicherweise aus Umfragedaten und Wahlergebnissen –, scheint eine Untersuchung über die Funktions- und Mandatsträger sowie über das Führungspersonal der Parteien zu einem größeren Erkenntnisgewinn zu führen. Insbesondere auf zwei Fragen ließen sich so Antworten finden: Welche populistischen Bewegungen sind eher Phänomene der mittleren und unteren Klassenmilieus der Gesellschaft? Welche Rolle spielten – und spielen – Teile der geschmähten Eliten in der Führung und in den (finanziellen) Unterstützerkreisen dieser Bewegungen? Dieser Fragehorizont verspricht außerdem neue Erkenntnisse im Hinblick auf bislang ungelöste Probleme der Populismus-Forschung. Sind es tatsächlich vor allem die ökonomischen oder kulturellen Modernisierungsverlierer, die sich populistischen Bewegungen anschließen und ihr Gesicht prägen? Eine stärkere Beachtung der politischen Praxis dürfte helfen, diese und andere Fragen zu beantworten; prosopografische oder Lokal- und Regionalstudien bieten sich hierfür an.

Schon von der französischen Boulanger-Bewegung der 1880er Jahre ist bekannt, dass sie neue Formen der politischen Massenkommunikation in bislang unbekanntem Ausmaß nutzte. Gleiches gilt für die *Populist Party* in den USA oder den Poujadismus in den 1950er Jahren.¹¹⁶ Daher ist die Relevanz mediengeschichtlicher Fragestellungen für die Geschichte des Populismus unbestritten. Die technischen, nicht zuletzt aber auch die ökonomischen Möglichkeiten des späten 20. Jahrhunderts dürften das Verhältnis des Populismus zur massenmedialen Kommunikation jedoch noch einmal dynamisiert haben.¹¹⁷ Personifiziert wird diese Entwicklung am prominentesten durch Silvio Berlusconi, der längst ein erfolgreicher Medienunternehmer war, bevor er seine geballte mediale Macht im politi-

¹¹⁴ Vgl. Taggart, *Populism in Western Europe*, in: Kaltwasser u. a. (Hrsg.), *Oxford Handbook of Populism*.

¹¹⁵ Als Überblick vgl. Nikolaus Werz, *Alte und neue Populisten in Lateinamerika*, in: Ders. (Hrsg.), *Populismus*, S. 45–64; Carlos de La Torre, *Populism in Latin America*, in: Kaltwasser u. a. (Hrsg.), *Oxford Handbook of Populism*, S. 195–213; Jakob Rösel, *Populistische Politik in Indien*, in: Werz (Hrsg.), *Populismus*, S. 65–87, und Christophe Jaffrelot/Louise Tillin, *Populism in India*, in: Kaltwasser u. a. (Hrsg.), *Oxford Handbook of Populism*, S. 179–194.

¹¹⁶ Vgl. Grattan, *Populism's Power*; Patrick H. Hutton, *Popular Boulangism and the Advent of Mass Politics in France, 1886–90*, in: *Journal of Contemporary History* 11 (1976), S. 85–106, und James G. Shields, *An Enigma Still. Poujadism Fifty Years On*, in: *French Politics, Culture and Society* 22 (2004), S. 36–56.

¹¹⁷ Johannes Hillje, *Propaganda 4.0. Wie rechte Populisten Politik machen*, Bonn 2017.

schen Feld Italiens einsetzte.¹¹⁸ Doch jenseits des Aufstiegs einzelner Medienzaren dürfte eine andere Entwicklung in den vielen populistischen Bewegungen innerhalb und außerhalb Europas weitaus breitenwirksamer geworden sein, nämlich deren zunehmend arbeitsteilig gestaltete Beziehung zu den (Massen-)Medien.

Drei Aspekte dieser Kommunikationsarbeit seien hier genannt: Erstens hat die Privatisierung des Fernsehens (in Europa) die Komplizenschaft vor allem zwischen Fernsehsendern und populistischen Parteien enorm verstärkt, während die neuen sozialen Medien den populistischen Bewegungen gleichzeitig eine relative Unabhängigkeit von den Qualitätsmedien verschafften.¹¹⁹ Während die Sender – angetrieben von marktbedingter Sensationsgier und nicht selten im Modus der Entrüstung – über symbolische Grenzverletzungen breit berichten und den Populisten damit die politisch notwendige Aufmerksamkeit verschaffen, liefern diese den Massenmedien die Anlässe und das Material für aktuelle und spektakuläre Berichterstattung.¹²⁰ In denselben Kontext gehört auch die Transformation des (fernseh-)journalistischen Felds, in dem unter vollständiger Vernachlässigung des pädagogischen Selbstverständnisses früherer Jahrzehnte von privaten Wirtschaftsunternehmen produzierte Infotainment-Formate selbst an Sender der öffentlichen Hand verkauft werden.¹²¹ Gleichwohl darf nicht übersehen werden, dass derartige Dynamiken offensichtlich nicht ursächlich mit dem Aufkommen des Populismus verbunden sind und auch telegenen Politikerinnen und Politikern der etablierten Parteien zugutekommen können – es sei denn, man qualifiziert bereits die Nutzung derartiger Formate per se als populistisch.

Zweitens – und damit zusammenhängend – ist der gezielte Kauf massenmedialer Präsenz und Expertise zwar kein ganz neues und schon gar kein auf populistische Bewegungen beschränktes Phänomen, aber es gewinnt hier vermutlich doch eine neue Qualität. Vom Engagement spezialisierter *spin-doctors* zur Beeinflussung der veröffentlichten Meinung über den Kauf von Fernseh- und Radiowerbung – oder gleich ganzen Sendern – bis hin zum Erwerb digitaler Einflusstechniken zur Identifizierung, Adressierung und Manipulation möglicher Unterstützerinnen und Unterstützer durch das sogenannte *Microtargeting* sind alle diese kostenintensiven Investitionen ohne die Existenz der modernen Märkte für massenmediale Kommunikationsmittel undenkbar. Perspektivisch ist dabei auch zu fragen, inwieweit populistische Bewegungen mit Hilfe der Medien eigene organisatorische Defizite kompensieren. Jedenfalls begünstigen derartige Strategien eine Hierarchie-

¹¹⁸ Aus der Vielzahl der Veröffentlichungen vgl. Alexander Stille, *Citizen Berlusconi*, München 2006.

¹¹⁹ Vgl. ausführlich Hillje, *Propaganda 4.0*.

¹²⁰ Knapp beschrieben bei Paula Diehl, *Rechtspopulismus und Massenmedien. Eine explosive Mischung*, in: Jennifer Schellhöh u. a. (Hrsg.), *Großerzählungen des Extremen. Neue Rechte – Populismus – Islamismus – War on Terror*, Bielefeld 2018, S. 87–96.

¹²¹ Vgl. die Schriften Pierre Bourdieu: *Politik, Sozialwissenschaften und Journalismus und Im Banne des Journalismus*, in: Ders., *Politik*, S. 265–290 und S. 291–303, sowie *Über das Fernsehen*, Frankfurt a. M. 2015.

rung der politischen Willensbildung ebenso wie die Verschleierung und Zentralisierung politischer Macht zulasten der innerverbandlichen Demokratie.¹²²

Drittens besteht weithin Übereinstimmung darüber, dass die gezielte Verschiebung des im legitimen politischen Diskurs Sagbaren durch kalkulierte Tabubrüche und die zugespitzte Neu- oder Umcodierung bestimmter politisch-sozialer Begriffe zum sprachlich-medialen Arsenal populistischer Strategien gehört.¹²³ Damit sind wichtige Themen benannt, die den vielbeschworenen Wandel des Politischen widerspiegeln, wobei insbesondere die Transformation der politischen Massenkommunikation und das Wechselverhältnis zwischen Politik und Medien in den Blick genommen werden sollte.

Die Frage nach der Binnenorganisation populistischer Parteien und Bewegungen stellt ein klassisches Untersuchungsfeld der politischen Sozialgeschichte dar. Der Anspruch dieser Parteien, eine grundsätzliche Alternative zur etablierten Konkurrenz darzustellen, hat dazu beigetragen, sie als Bewegungen zu bezeichnen, ohne dass die organisationsstrukturellen Konsequenzen dieser Klassifizierung bislang hinreichend deutlich geworden wären. Die Politikwissenschaft hat allerdings immer wieder die Bedeutung des charismatischen Führers hervorgehoben.¹²⁴ Noch in den 2000er Jahren hat man das Fehlen einer solchen Figur sogar für den Misserfolg populistischer Gruppierungen in der Bundesrepublik verantwortlich gemacht.¹²⁵ In der Tat scheint die Willensbildung in populistischen Parteien, ganz im Gegensatz zu ihrer basisdemokratischen beziehungsweise plebiszitären Rhetorik, auf sehr kleine Führungszirkel – bis hin zu quasi-autokratischen Parteichefs wie Silvio Berlusconi oder Geert Wilders – beschränkt zu sein. Letzterer ist bekanntlich das einzige Mitglied seiner *Partij voor de Vrijheid* und rekrutiert beispielsweise Abgeordnete aus dem Unterstützerkreis der Partei, ohne dafür irgendeinem Gremium verantwortlich zu sein.¹²⁶

Gleiches gilt für die Kontrolle der Parteifinanzen. Angesichts der hohen Kosten der intensiven Mediennutzung und den oft nur wenigen zahlenden Mitgliedern sind populistische Parteien in hohem Maß auf Spenden angewiesen. Je mehr diese von persönlichen Kontakten abhängen und je laxer die innerparteiliche Kontrolle ausfällt, desto stärker laden finanzielle Abhängigkeiten zu Intransparenz und Missbrauch ein. Kommt es in diesem Zusammenhang zu Gerichtsverfahren, können diese einen Ausgangspunkt für empirisch belastbare Untersuchungen zur inneren Machtverteilung und zum Finanzgebaren populistischer Bewegungen bilden. Offenbleiben muss beim bisherigen Forschungsstand nämlich, wie tagespolitische

¹²² Vgl. Crouch, Postdemokratie.

¹²³ Vgl. Poier/Saywald-Wedl/Unger, Themen der Populisten.

¹²⁴ Vgl. Moffitt, Global Rise, S. 51–69. Nicht wenige politikwissenschaftliche Darstellungen populistischer Bewegungen sind auf die Zentralfiguren fokussiert. Vgl. dazu die Beiträge über populistische Parteien in Werz (Hrsg.), Populismus.

¹²⁵ Vgl. Decker, Rechtspopulismus, S. 147–160, und ders., Populistische Herausforderung, in: Ders. (Hrsg.), Populismus, S. 18.

¹²⁶ Vgl. Paul Lucardie, Populismus im Polder. Von der Bauernpartei bis zur Liste Pim Fortuyn, in: Werz (Hrsg.), Populismus, S. 177–194.

Manöver vollzogen werden und wie strategisch-programmatische Richtungsentscheidungen zustande kommen.

Generell ist hier die Frage aufgeworfen, ob die Organisationsform eines autoritären Populismus eine Antwort auf die Erosion der Mitgliederparteien und damit auf überkommene Partizipationsformen darstellt. Doch ist hier der Befund nicht eindeutig, gibt es doch Parteien, in denen das Führungspersonal immer wieder durch ordentliche Wahlen ausgetauscht wird; das gilt etwa für Populisten in der Bundesrepublik, aber auch in Skandinavien. Populistische Parteien scheinen also keineswegs auf autokratische Organisationsmodelle festgelegt zu sein, es ist beim gegenwärtigen Forschungsstand aber nicht zu erkennen, inwieweit ihre Organisationskulturen eher von nationalspezifischen Pfadabhängigkeiten, von ihrem Anspruch auf alternativ-plebiszitäre Dynamik oder von mehr oder weniger kontingenten dritten Faktoren geprägt werden.

Auch die Programmatik der populistischen Parteien in Europa ist bei allen Ähnlichkeiten keineswegs einheitlich; darauf hat zuletzt Philip Manow eindringlich hingewiesen.¹²⁷ Selbst bei den sogenannten Rechtspopulisten lässt sich eine erhebliche Spannung beobachten. Verfechten die einen eine markt- oder gar neoliberale Programmatik auf den Gebieten Wirtschafts- und Sozialpolitik, bemühen sich die anderen darum, Wählerinnen und Wählern ein Angebot zu machen, die auf der Verliererseite der globalisierten Transformationsprozesse stehen¹²⁸ und besonders auf eine inklusive Sozialpolitik angewiesen sind. Dieser Widerspruch lässt sich offenbar zumindest partiell durch die propagandistische Behauptung des Missbrauchs von Sozialleistungen durch Migrantinnen und Migranten oder zumindest deren ungerechtfertigte Bevorzugung überbrücken, ohne dass bislang klar wäre, ob diese Argumentationsmuster nur funktional verwendet werden oder ob sie autochthone Reflexe xenophober Ideologie beinhalten. Auch hier sind von der empirischen Forschung zeitgebundene, Veränderungen unterworfenen Mischungsverhältnisse und Grauzonen zu erwarten. Dabei ist in (West-)Europa möglicherweise ein historisches Muster erkennbar, nach dem sich rechts- beziehungsweise wirtschaftsliberale Parteien in neonationalistische Bewegungen transformieren können und dabei gegebenenfalls ihre wirtschaftsliberale Programmatik über Bord werfen.

Überhaupt stellt sich die Frage nach der Relevanz, nach der jeweiligen Ausformung und nach der historischen Verwurzelung sozialpolitischer, fremdenfeindlicher und nationalistischer Diskurse in der Weltanschauung des Rechtspopulismus. So ist momentan nicht nur die Wirkmächtigkeit antisemitischer Überlieferungen in den europäischen Gesellschaften ungeklärt, sondern es muss

¹²⁷ Vgl. Manow, Politische Ökonomie, S. 38–69 und S. 103–138.

¹²⁸ Vgl. Gilles Ivaldi/Marc Swyngedouw, Rechtsextremismus in populistischer Gestalt. Front National und Vlaams Blok, in: Decker (Hrsg.), Populismus, S. 121–143; Hans Jörg Hennecke, Das Salz in den Wunden der Konkordanz. Christoph Blocher und die Schweizer Politik, in: Werz (Hrsg.), Populismus, S. 145–162, und Ralf Ptak, Der Neoliberalismus entlässt seine Kinder. Krise(n) und Rechtspopulismus, in: Butterwegge/Hentges/Lösch (Hrsg.), Weg, S. 64–75.

auch noch offen bleiben, ob es sich bei der derzeit dominierenden islamfeindlichen Propaganda im Wesentlichen um Aktualisierungen, Umcodierungen, Übersetzungen und Überschreibungen lang etablierter antisemitischer Stereotype handelt.¹²⁹ Angesichts des Umstands, dass sich auch in den migrantischen Gemeinschaften erhebliche antisemitische Potenziale finden, die gewissermaßen in Konkurrenz zum gleichsam einheimischen Antisemitismus stehen, ist die These naheliegend, dass daraus längst Überbietungs-Dynamiken eines neuen Rassismus entstanden sind – auch hier liegen weite Untersuchungsfelder vor der zeithistorischen Forschung. Erst wenn diese bestellt sind, werden belastbare Aussagen darüber möglich sein, ob die Ideenwelt des (Rechts-)Populismus überhaupt wesentlich über ein xenophobes Fundament hinausreicht oder ob sein Kern in einem nationalspezifischen Amalgam aus Fremdenfeindlichkeit, Nationalismus und anti-elitären Affekten zu suchen ist.¹³⁰ Letztlich werden diese Fragen nicht ohne eine historische Einbettung der populistischen Bewegungen in die politische Ideengeschichte Europas zu beantworten sein.

Sowohl die programmatische Analyse als auch die Untersuchung der Binnenorganisation populistischer Bewegungen versprechen fundierte Einsichten in die politischen Tiefenströmungen der europäischen Nachkriegsgesellschaften, weil sie eine wesentliche Dimension des politischen Wandels reflektieren, nämlich die fortschreitende Delegitimation der Entscheidungen demokratischer Repräsentativorgane. Diese manifestierte sich in der Bundesrepublik beispielsweise im Aufstieg der Neuen Sozialen Bewegungen seit den 1970er Jahren, in den Forderungen nach mehr zivilgesellschaftlicher Teilhabe, aber auch in der sinkenden Wahlbeteiligung.¹³¹

Als ausgesprochen ambivalent erscheinen die Haltungen der verschiedenen populistischen Bewegungen gegenüber allen Fragen der Geschlechterordnung. Rechtspopulistische Bewegungen propagieren häufig sogenannte traditionelle Familienbilder, flankiert von Bekenntnissen zum Vorrang vermeintlich normaler sexueller Orientierungen. Gleichwohl findet man unter den Führungsfiguren populistischer Bewegungen auch Frauen wie Marine Le Pen, Sarah Palin, Pia Kjaersgaard oder Beatrix von Storch und offen homosexuell lebende Politikerinnen und Politiker wie Pim Fortuyn oder Alice Weidel. Populistische Politikerinnen ver-

¹²⁹ Vgl. dazu Wolfgang Benz (Hrsg.), *Islamfeindschaft und ihr Kontext. Dokumentation der Konferenz „Feindbild Muslim – Feindbild Jude“*, Berlin 2009.

¹³⁰ Vgl. Rensmann, *Populismus und Ideologie*, in: Decker (Hrsg.), *Populismus*; Thomas Hellmuth, „Patchwork“ der Identitäten. Ideologische Grundlagen und politische Praxis des Populismus in Frankreich und Österreich, in: Gabriella Hauch/Thomas Hellmuth/Paul Pasteur (Hrsg.), *Populismus. Ideologie und Praxis in Frankreich und Österreich*, Innsbruck 2002, S. 9–43; Canovan, *Taking Politics*, in: Mény/Surel (Hrsg.), *Democracies*; MacRae, *Populism*, in: Ionescu/Gellner (Hrsg.), *Populism*, und Wiles, *Syndrome*, in: Ebenda.

¹³¹ Vgl. die Beiträge zum Rahmenthema *Wandel des Politischen. Die Bundesrepublik Deutschland in den 1980er Jahren*, in: *Archiv für Sozialgeschichte* 52 (2012). Zu den europaweit sinkenden Wahlbeteiligungen vgl. Streeck, *Gekaufte Zeit*, S. 87–90. Als Datengrundlage für die Bundesrepublik vgl. <http://www.mpifg.de/projects/demokratie/Wahlen.asp> [26.4.2021].

binden dabei einen durchaus robusten Entscheidungs- und Propagandastil mit dem massenmedial verbreiteten Bild einer fürsorglichen Hausfrau und Mutter.¹³² Feministinnen oder Aktivistinnen und Aktivisten der LGBTQIA*-Bewegung schlägt hingegen nicht selten vehemente Ablehnung entgegen, wenn sie mit universalistischen Argumenten individuelle Freiheits- und Persönlichkeitsrechte einklagen.¹³³

Die Auseinandersetzung mit der Einwanderung von Muslimen, die häufig noch patriarchalischere Geschlechterrollen praktizieren, als sie von populistischen Kreisen propagiert werden, verleiht dieser Ambivalenz eine zusätzliche Dynamik.¹³⁴ Denn gerade die stark asymmetrische Geschlechterordnung migrantisch geprägter Gemeinschaften, die sich auch in den nachfolgenden Generationen reproduziert, dient den Populisten dazu, die eigene Kultur und Lebensweise von allem Fremden abzugrenzen; dazu skandalisieren sie vor allem – aber nicht nur – sexuelle Übergriffe und Gewalttaten.¹³⁵ Angesichts einer derart starken Kontextabhängigkeit stellt sich die Frage, welche Relevanz antifeministische Einstellungen und ganz allgemein Fragen der Geschlechterordnung für das gesellschaftspolitische Profil der unterschiedlichen Populismen besitzen: Führen Traditionalisten, die auf angeblich natürlichen Sozial- und Geschlechterordnungen beharren, Rückzugsgefechte nach der Erosion überkommener sozialmoralischer Instanzen, oder sind solche Positionen nicht vielmehr Ausdruck spezifischer moderner Bewegungen?

Als ausgesprochen schwierig darf abschließend das Verhältnis von Populismus und Nationalismus gelten. Die Politikwissenschaft außerhalb Frankreichs hat dieses Problem bislang nur gestreift, nämlich als Komplementärverhältnis, bei dem sich die „dünne Ideologie“ des Populismus mit einer „dicken Ideologie“ wie dem Nationalismus verbindet.¹³⁶ Möglicherweise würde ein strenger politikwissenschaftlicher Populismus-Begriff tatsächlich seine Trennschärfe verlieren, wenn er in seinem begrifflichen Gehalt mit Elementen des Nationalismus angereichert werden müsste.¹³⁷ Dass derartige Sorgen nicht unbegründet sind, zeigt Klaus Krae-

¹³² Vgl. Sahar Abi-Hassan, *Populism and Gender*, in: Kaltwasser u. a. (Hrsg.), *Oxford Handbook of Populism*, S. 426–444, hier S. 435 f.

¹³³ Vgl. Gabriella Hauch, „Neue Wege in viele Richtungen“. *Geschlecht und Politik in der Freiheitlichen Partei Österreichs von 1986 bis 2000*, in: Dies./Hellmuth/Pasteur (Hrsg.), *Populismus*, S. 63–91.

¹³⁴ Vgl. Sarah C. Dingler/Zoe Lefkofridi/Vanessa Marent, *The Gender Dimension of Populism*, in: Heinisch/Holtz-Bacha/Mazzoleni (Hrsg.), *Political Populism*, S. 345–360.

¹³⁵ Vgl. Peter Widmann, *Rechte Dogmen für die Mitte. „Islamkritik“ als Ersatzkommunikation am Beispiel von Hans-Peter Raddatz*, in: Benz (Hrsg.), *Islamfeindschaft*, S. 91–102.

¹³⁶ Vgl. beispielsweise Cathrine Thorleifsson, *Nationalist Responses to the Crises in Europe. Old and New Hatreds*, London/New York 2019; Reinhold Vetter, *Nationalismus im Osten Europas. Was Kaczynski und Orban mit Le Pen und Wilders verbindet*, Bonn 2017. Eine Ausnahme scheint mir darzustellen: Joseph Sterphone, „Mut zu Deutschland!“ *On the Populist Nationalism of the Alternative für Deutschland*, in: Fernando Lopez-Alves/Diane E. Johnson (Hrsg.), *Populist Nationalism in Europe and the Americas*, New York 2019, S. 99–115.

¹³⁷ Wenn überhaupt, so erscheint Nationalismus als untergeordnete Funktion des Populismus; vgl. Benjamin de Cleen, *Populism and Nationalism*, in: Kaltwasser u. a. (Hrsg.), *Oxford*

mer, der dafür plädierte, den Begriff Rechtspopulismus ganz aufzugeben, und stattdessen von „Neonationalismus“ gesprochen hat.¹³⁸ Damit definierte er einerseits „das Nationale“ als alles überragende, exkludierende Leitunterscheidung“, das heißt als Kern der Weltanschauung dieser Bewegungen. Andererseits verstand er diesen „Neonationalismus“ als „politisch-soziale Gegenbewegung [...], die den Prozess der Transnationalisierung europäischer Gesellschaften aufhalten oder sogar umkehren will“. Hier sah Kraemer auch die neue Qualität dieses Nationalismus begründet, blendete damit aber freilich gleich zwei zentrale Momente der aktuellen politikwissenschaftlichen Populismus-Diskussion aus: Hier ist, erstens, Muddes weithin geteilte Konzeptionalisierung des Populismus als „dünne Ideologie“ zu nennen, denn der Nationalismus stellt seit dem 19. Jahrhundert zweifellos eine umfassende Integrationsideologie mit breit gefächerten politisch-ideellen und kulturellen Angeboten dar. Und zweitens gerät bei Kraemer der Antagonismus zwischen Volk und Elite als zentrales Bestimmungsmerkmal des Populismus aus dem Blick.

Tatsächlich spricht vieles für die Arbeitshypothese, dass unter dem Begriff Populismus in den europäischen Gesellschaften häufig nichts anderes als ein möglicherweise erneuerter Nationalismus rubriziert wird, wobei das Neue noch genauer zu bestimmen wäre.¹³⁹ In Europa wird intensiver als in anderen Teilen der Welt über die Zukunft des Nationalstaats diskutiert. Die Beschränkung der Souveränität durch supranationale Organisationen wie die Europäische Union, der Fluss von Kapital und Waren in einem gemeinsamen Wirtschaftsraum, der Verlust der eigenen Währung, transnationale Zahlungsverpflichtungen und die grenzüberschreitende Migration bezeichnen einschneidende Entwicklungen. Die Krise der Repräsentation geht also mit einer Krise der Souveränität einher; empirische Untersuchungen der einen Dimension dürfen die andere nicht unterschlagen.¹⁴⁰

Für einen großen Teil der populistischen Bewegungen in Europa scheint die Verteidigung der Autonomie des Nationalstaats prägend und ursächlich gewesen zu sein. Das schließt die Frage nach der mangelhaften Repräsentation relevanter Bevölkerungsgruppen in den etablierten Institutionen und Organisationen nicht aus, sondern stellt sie nur umso dringlicher. Insofern ist Manows Forderung nach einer differenzierteren Ursachenanalyse für die Anziehungskraft populistischer

Handbook of Populism, S. 342–362, und Sergiu Gherghina/Sergiu Miscoiu/Sorina Soare, How Far Does Nationalism Go? An Overview of Populist Parties in Central and Eastern Europe, in: Heinisch/Holtz-Bacha/Mazzoleni (Hrsg.), Political Populism, S. 193–207. Für die französische Forschung vgl. Paul Pasteur, Von Boulanger zu Le Pen. Populismus und Nationalpopulismus in Frankreich, in: Hauch/Hellmuth/Pasteur (Hrsg.), Populismus, S. 45–62; Nicolas Roquigny, Der französische Front National. Nationalpopulismus und Elemente des Irrationalen, in: Ebenda, sowie die bereits zitierten Werke von Rosanvallon.

¹³⁸ Vgl. hierzu und zum Folgenden Klaus Kraemer, Sehnsucht nach dem nationalen Container. Zur symbolischen Ökonomie des neuen Nationalismus in Europa, in: Leviathan 46 (2018), S. 280–302; die Zitate finden sich ebenda, S. 282.

¹³⁹ Vgl. Rolf-Ulrich Kunze, Nationalismus. Illusionen und Realitäten. Eine kritische Bestandsaufnahme, Stuttgart 2019.

¹⁴⁰ So etwa bei Crouch, Postdemokratie; vgl. auch Linden/Thaa (Hrsg.), Krise.

Parteien nicht nur zuzustimmen, sondern über das von ihm behandelte Feld der Politischen Ökonomie hinaus zu erweitern. Angesichts der reichen Erträge der historischen Forschung zur Kultur-, Sozial-, Erfahrungs- und Emotionsgeschichte des Nationalismus im 19. und frühen 20. Jahrhundert eröffnet ein Rückgriff auf deren Fragehorizont ein enormes Potenzial für die Untersuchung (neo-)national-populistischer Phänomene unserer Zeit. Denn die Nationalismus-Forschung hat bekanntlich ein differenziertes Analyseinstrumentarium entwickelt, das Historikerinnen und Historikern leichter zugänglich erscheinen mag als der politikwissenschaftlich geprägte Populismus-Begriff.¹⁴¹ Perspektivisch wäre danach zu fragen, welche Relevanz populistischen Phänomenen in einem zumindest in Ansätzen postnationalen Stadium moderner Gesellschaften zukommt – einem Stadium, das Ernest Gellner 1999 noch als fünfte und letzte Phase der nationalstaatlichen Entwicklung betrachtet hat, in der Wohlstand und eine partizipationsfreundliche Integrationspolitik eine gewisse Extremismusresistenz bewirkten.¹⁴²

VII. Fazit: Zeithistorische Perspektiven auf den Populismus und die Geschichte der Demokratie

Wie lassen sich diese Befunde zusammenfassen? Zunächst einmal gilt es festzuhalten, dass in der Politikwissenschaft kein Konsens über die Bestimmung des Populismus-Begriffs besteht; es konkurrieren vielmehr unterschiedliche Definitionen miteinander. Zweifellos lauert hier eine Gefahr für Zeithistorikerinnen und Zeithistoriker, deren wichtigstes Ziel es in der Regel nicht ist, Organisationen, Personen und Handlungspraktiken zu katalogisieren und mit wohlfeilen Etiketten zu versehen. Ihnen geht es vielmehr in erster Linie darum, die empirisch untersuchten Phänomene in ihren historischen Kontext einzubetten. Nicht wenigen politikwissenschaftlichen Werken liegen zwar internationale Vergleiche zugrunde, doch hat das Bemühen um einen kohärenten, gut abgrenzbaren Populismus-Begriff dazu geführt, dass gerade die vergleichende Populismus-Forschung oft nur das gefunden hat, was sie suchte – nämlich die Bedrohungen der liberalen Demokratie –, wodurch Übergangsphänomene zwischen Populismus und Nicht-Populismus aus dem Blick geraten sind. Doch so notwendig ein trennscharfer Populismus-Begriff ist, der etwa die Grenze zu faschistischen Bewegungen zieht, so problematisch erscheint eine strikte Unterscheidung zwischen Populismus und extremistischen Organisationen, Netzwerken und Ideen unserer Tage. Gerade hier verstellen vorschnelle Festlegungen den Blick auf Grauzonen, Übergänge, Transfers und Aneignungen, ganz abgesehen von den normativen Schwierigkeiten, die hier entstehen.

Die Probleme, die diese normative Dimension politikwissenschaftlich-publizistischer Begriffsbildung aufwirft, werden nirgends so deutlich wie bei der Frage

¹⁴¹ Die zeithistorische Forschung in der Bundesrepublik hat diese Impulse nur zögerlich aufgenommen; zur Einführung vgl. Rolf-Ulrich Kunze, *Nation und Nationalismus*, Darmstadt 2005.

¹⁴² Vgl. Ernest Gellner, *Nationalismus. Kultur und Macht*, Berlin 1999.

nach der Gefahr, die vom Populismus für die liberale Demokratie auszugehen scheint. Gelegentlich reproduzieren diese Warnungen nur den Abscheu der liberal gesinnten Eliten vor den angeblich ungebildeten Massen, sobald diese die politische Bühne betreten.¹⁴³ Doch selbst wenn man Pierre Rosanvillons Überlegungen zum Populismus als zu sperrig einschätzt, so hat er jedenfalls einen Weg vorgeschlagen, um populistische Phänomene in die Geschichte der euro-atlantischen Demokratie einzuordnen und ihre Entstehungsbedingungen konkretisieren zu können. Der Wandel des Politischen, der herkömmliche Politikmuster in Frage stellt und das Aufkommen des Populismus begünstigt, sollte jedenfalls über mehr als ein paar Jahre zurückverfolgt werden, und es erscheint plausibel, in den Jahren um 1980 anzusetzen, als der Zerfall des Ostblocks oder die neoliberale Revolution noch Zukunftsmusik waren.¹⁴⁴ Hier kann eine zeithistorische Populismusforschung als Sonde dienen, um die Tektonik moderner Gesellschaften genauer zu bestimmen, weil sie die Transformation des politischen Felds unmittelbar zum Gegenstand hat. Das betrifft die Binnenstruktur – also Parteien, Wählerbindungen, Ideologien und *cleavages* – ebenso wie die Beziehungen zu anderen Handlungsfeldern, besonders zum ökonomischen und dem der medialen Massenkommunikation.

Ohne Anspruch auf Vollständigkeit seien hier die vorgeschlagenen, einander berührenden oder sich überlagernden Untersuchungsperspektiven noch einmal kurz zusammengefasst: Erstens sollte sich die zeithistorische Forschung mit dem kaum hinterfragten und bislang noch nicht in ein Forschungsprogramm übersetzten, geradezu paradigmatischen Credo der bisherigen Begriffsbildungen auseinandersetzen, wonach der manichäische Gegensatz zwischen Volk und Elite den Kern eines jeden Populismus darstelle. So überzeugend diese Behauptung als Ausgangshypothese für weitere Analysen erscheint, so wirft sie doch die Frage auf, wie eine gelungene politische Integration durch Eliten aussehen mag, welche Bedingungen dafür erfüllt werden müssen und welche Faktoren sie begünstigen. Zweitens ist es notwendig, den Volksbegriff als zentralen Bezugspunkt des Populismus zu problematisieren. Hier bietet sich der Anschluss an Taggarts „heartland“ an, wobei vergleichende ideengeschichtliche Studien einen ersten Zugriff ermöglichen könnten.

Drittens verdienen die Erfolgsbedingungen populistischer Parteien und Bewegungen einige Aufmerksamkeit; damit ist eine konsequente Kontextualisierung und Historisierung dieser Phänomene angesprochen. Viertens bereitet die Suche nach der Anhängerschaft populistischer Bewegungen und Parteien offensichtlich große Schwierigkeiten. Deshalb sollte der Blick von den Wählerinnen und Wählern weg auf Mitgliedschaft, Abgeordnete sowie auf Funktionsträgerinnen und Funktionsträger gerichtet werden. Hier dürften mikrohistorische Zugänge den größten Erfolg versprechen, vor allem wenn sie einige der skizzierten Leitfragen

¹⁴³ Dies wird besonders deutlich bei Mounk, Zerfall, und Strenger, Liberale Eliten.

¹⁴⁴ Zur Signatur der 1980er Jahre vgl. Dietmar Süß, Schimanskis Jahrzehnt? Die 1980er Jahre in historischer Perspektive, in: Archiv für Sozialgeschichte 52 (2012), S. 3–20.

zu Organisationsentwicklung und Mobilisierungspraktiken mit denjenigen zu den politisch-ideellen Zielsetzungen und Motiven kombinieren. Eine große Herausforderung für die historische Forschung stellt, fünftens, die Untersuchung der Beziehungen zwischen den Populisten und den Medien der Massenkommunikation dar, weil sich hier hohe konzeptionelle Ansprüche mit Problemen des Quellenzugangs verschränken.

Ein geradezu klassisches Thema der politischen Sozialgeschichte ist, sechstens, die Binnenorganisation populistischer Parteien. Die Programmatik der Populisten müsste, siebtens, in die etablierten Felder der Ideengeschichte eingeordnet werden. Schließlich wird erst die historische Forschung zeigen können, wie dünn die „dünne Ideologie“ des Populismus wirklich ist, und ob es sich dabei nicht vielmehr um einen erneuerten Nationalismus, einen populären Konservatismus oder um eine Mischung aus beidem handelt. Achters stellt sich die Frage nach der Relevanz von Fragen der Geschlechterordnung für die populistische Mobilisierung. Darüber hinaus bedarf es, neuntens, einer Klärung des Verhältnisses von Populismus und Nationalismus. Hier bündeln sich geradezu die skizzierten Vorschläge. Immerhin können die Vertreter des Nationalismus auf ein umfangreiches Arsenal an Einstellungen, Phantasmagorien, Topoi, politisch-ideellen Referenzpunkten, Vordenkern, Netzwerken, Traditionen, Mobilisierungsweisen und politisch-literarische Kanons zurückgreifen. Gerade ideengeschichtliche Ansätze, wie sie sich für die Frühgeschichte der Bundesrepublik als außerordentlich fruchtbar erwiesen haben, können hier weiterführen, indem sie Kontinuitäten und Brüche rekonstruieren.¹⁴⁵

Angesichts der enormen Erwartungen der Populisten an den Nationalstaat und der anhaltenden Diskussion über die komplexe Interdependenz von Souveränität und Verflechtung in einer globalisierten – und europäisierten¹⁴⁶ – Welt überrascht es wenig, wenn in der politikwissenschaftlichen Forschung sogar der Vorschlag gemacht wurde, den Begriff Populismus durch den Terminus „Neonationalismus“ zu ersetzen. Gerade in diesem Zusammenhang ist aber möglichst genau zu bestimmen, wie schwer der Faktor Xenophobie für das Entstehen und den Erfolg populistischer Bewegungen wiegt. Auf diesem Untersuchungsfeld, das naturgemäß eine längere zeitliche Perspektive verlangt, ist historische Expertise besonders vonnöten. Diese Liste ist sicher lückenhaft und ergänzungsbedürftig, aber sie mag Zeithistorikerinnen und Zeithistoriker dazu ermuntern, die Chancen einer historischen Populismus-Forschung zu ergreifen.

¹⁴⁵ Vgl. Axel Schildt, *Zwischen Abendland und Amerika. Studien zur westdeutschen Ideenlandschaft der 50er Jahre*, München 1999; Alexander Gallus/Axel Schildt (Hrsg.), *Rückblickend in die Zukunft. Politische Öffentlichkeit und intellektuelle Positionen in Deutschland um 1950 und um 1930*, Göttingen 2011; Anselm Doering-Manteuffel, *Wie westlich sind die Deutschen? Amerikanisierung und Westernisierung im 20. Jahrhundert*, Göttingen 1999, und Riccardo Bavaj, *Intellectual History*, Version: 1.0, in: *Docupedia-Zeitgeschichte*, 13.9.2010; docupedia.de/zg/bavaj_intellectual_history_v1_en_2010 [26.4.2021].

¹⁴⁶ Vgl. Kiran Klaus Patel, *Projekt Europa. Eine kritische Geschichte*, München 2018.